

Washington News Im Blickpunkt

Liebe Leser:innen,

mit dem Abschluss der Democratic National Convention beginnt nun die heiße Phase des US-Präsidentschaftswahlkampfes. In diesem Blickpunkt widmen wir uns der Handelspolitik der beiden Parteien. Zunächst blicken wir zurück auf die vergangenen 8 Jahre, dann bieten wir einen Ausblick, wie Handelspolitik in einer zweiten Trump Regierung bzw. einer Regierung von Kamala Harris aussehen könnte.

Wie immer freuen wir uns über Ihr Feedback und Ihre Anregungen.

Beste Grüße

Ihr Washington News Team

Trump vs. Biden – ein Rückblick auf 8 Jahre US-Handelspolitik

Stephanie Harwood, RGIT
August 2024

Zwischen dem amtierenden US-Präsidenten Joe Biden und dem ehemaligen US-Präsidenten Donald Trump herrscht in den meisten Politikbereichen ein starker Kontrast und Meinungsverschiedenheit. In der Handelspolitik jedoch ähnelte sich die Haltung der beiden Regierungen in vielen Aspekten. Auch wenn sich die Rhetorik und die Methoden in ihrem Ansatz unterscheiden, weist die Handelsagenda beider Präsidenten eine Politik mit starkem Inlands-Fokus auf, die von Verbündeten oft als protektionistisch kritisiert wird. Dieser Blickpunkt bietet einen Rückblick auf die US-Handelspolitik der vergangenen 8 Jahre sowie einen Ausblick auf die Prioritäten und Erwartungen der nächsten Administration. Nachdem die Kandidatur des ehemaligen Präsidenten Donald Trump und Senator J.D. Vance von Ohio als Vize im Juli auf der *Republican National Convention* bestätigt wurde, sind nun auch Vizepräsidentin Kamala Harris und Minnesotas Gouverneur Tim Walz offiziell auf dem Parteitag der Demokraten nominiert worden.

Die Handelspolitik der Biden Administration

Für die Handelsagenda der Biden Administration standen die vergangenen vier Jahre

- die Arbeitnehmer,
- die Dekarbonisierung,
- die Stärkung der Beziehungen zu Partnern und Verbündeten,
- die Stärkung wichtiger Lieferketten und
- die Verteidigung demokratischer Werte im Mittelpunkt.

Immer wieder betonte die Regierung den arbeitnehmerzentrierten Ansatz, der Arbeitnehmern und Gemeinden durch weltweiten Handel wirtschaftliche Chancen bieten soll. Dieser Fokus war eine klare Abweichung von der historischen Handelsagenda, die sich auf niedrigere Zölle, weniger staatlichen Einfluss und Handelsliberalisierung konzentrierte.

Handelspartnern verbesserten sich während der Amtszeit von Präsident Biden, da bestimmte Zölle auf Partnerländer ausgesetzt wurden. Bislang ist es den USA und der EU jedoch nicht gelungen, eine dauerhafte Lösung für einige ihrer wichtigsten Handelsprobleme zu finden, zum Beispiel eine Einigung über das Globale Abkommen für Stahl und Aluminium oder ein Abkommen über kritische Mineralien.

Die Handelspolitik der Trump Administration

Während seiner Amtszeit setzte sich Präsident Trump für einen stärkeren Handelsprotektionismus ein. Er begründete diese Politik damit, dass sie den amerikanischen Arbeitnehmern zugutekäme, den Vereinigten Staaten ein Druckmittel zur Neuverhandlung von Handelsabkommen verschaffe und die nationale Sicherheit der USA schütze. Die von Präsident Trump gegenüber Handelspartnern verhängten Zölle schufen zwar Arbeitsplätze in einigen mit Importen konkurrierenden Branchen wie der Stahl- und Haushaltsgeräteindustrie. Die Zölle belasteten jedoch die Beziehungen zu Handelspartnern und Verbündeten, zogen Vergeltungszölle nach sich und schädeten somit den US-Arbeitnehmern in Branchen, die importierte Waren als Vorleistungen verwenden sowie Sektoren, auf die Gegenmaßnahmen ausgerichtet wurden.

Marktzugang

Die Biden Administration hat bislang keine neuen Freihandelsabkommen angestrebt. Im Jahresbericht 2023 des Büros der US-Handelsbeauftragten (USTR) an den Kongress wurden stattdessen die Prioritäten und der Stand der Verhandlungen über Rahmenabkommen (*Frameworks*) hervorgehoben, darunter die Handelsinitiative des 21. Jahrhunderts zwischen den USA und Taiwan, die strategische Handels- und Investitionspartnerschaft zwischen den USA und Kenia (STIP), das *Indo-Pacific Economic Framework for Prosperity* (IPEF) und die *Americas Partnership for Economic Prosperity* (APEC). Der Bericht unterstreicht auch die Bemühungen des USTR, die Widerstandsfähigkeit der Lieferketten durch einen neuen Ansatz in der Handels- und Investitionspolitik zu stärken, der die nationale Wirtschaftspolitik einbezieht.

Während die Regierung von Präsident Biden häufig dafür kritisiert wird, dass sie keine neuen Freihandelsabkommen anstrebt, hat auch die Trump Administration keinen nennenswerten neuen Marktzugang erreicht. Das einzige Freihandelsabkommen, das während der Amtszeit von Präsident Trump unterzeichnet wurde, war das Abkommen zwischen den Vereinigten Staaten, Mexiko und Kanada (USMCA). USMCA ersetzte jedoch das bestehende Nordamerikanische Freihandelsabkommen (NAFTA) und führte daher nicht zu einem bedeutenden neuen Marktzugang. Präsident Trump unterzeichnete ein Phase-Eins-Handelsabkommen mit China, doch das Wirtschafts- und Handelsabkommen konzentrierte sich nicht auf den Marktzugang, sondern legte stattdessen Einkaufsziele für US-Exporte in den Bereichen Landwirtschaft, Fertigung, Energie und Dienstleistungen fest.

Zölle

In seiner ersten Amtszeit befürwortete Präsident Trump, der sich selbst als „*Tariff Man*“ bezeichnet, den Einsatz von Zöllen und anderen Einfuhrbeschränkungen. Im März 2018 kündigte er einen 25-prozentigen Zoll auf importierten Stahl und einen 10-prozentigen Zoll auf importiertes Aluminium mit der Begründung an, dass die Importmengen die nationale Sicherheit der Vereinigten Staaten zu beeinträchtigen drohten. Die USA trafen in 2018 und 2019 mit mehreren Ländern Vereinbarungen, um sie von den Zöllen auszunehmen (Australien, Kanada, Mexiko). Für andere (Brasilien, Südkorea, Argentinien) wurden Einfuhrkontingente eingerichtet. Infolge der Stahl- und Aluminiumzölle sahen sich die US-Exporte mit Vergeltungszöllen von Handelspartnern auf Produkte wie Haushaltsgeräte, Bourbon, Motorräder und landwirtschaftliche Erzeugnisse konfrontiert. Die Europäische Union erhöhte die Zölle auf ausgewählte Produkte aus den USA um 10 bis 50 Prozent.

Unter der Trump-Administration begann das Büro des US-Handelsbeauftragten im August 2017 mit einer Untersuchung gegen China. Der im März 2018 veröffentlichte Bericht warf China unfaire Handelspraktiken vor. Infolgedessen kündigte die Trump Administration Section 301-Zölle in Höhe von 25 Prozent an, die im Sommer 2018 in zwei Runden auf chinesische Produkte im Wert von insgesamt 50 Milliarden US-Dollar erhoben wurden. Eine weitere Runde von Zöllen folgte im September 2018 (10 Prozent auf Waren aus China im Wert von 200 Milliarden US-Dollar), die im Mai 2019 auf 25 Prozent erhöht wurden. „Liste 4a“-Zölle auf Importe im Wert von 112 Milliarden US-Dollar traten im Herbst 2019 in Kraft. Die „Liste 4a-Zölle“ wurden von 15 Prozent auf 7,5 Prozent gesenkt und die

Bei seinem Amtsantritt führte Präsident Biden viele von Trumps handelspolitischen Maßnahmen fort, einschließlich der Beibehaltung der Section-232-Zölle. In den Jahren 2021 und 2022 traf die Biden Administration mit einigen Handelspartnern Vereinbarungen, um Stahl- und Aluminiumzölle durch Zollkontingente zu ersetzen, bei denen nur Einfuhren oberhalb bestimmter Schwellenwerte mit Zöllen belegt werden. Die Zollkontingente für die Europäische Union traten am 1. Januar 2022 in Kraft. Während der Zollpause hatten beide Seiten gehofft eine endgültige Lösung für den Abbau der weltweiten Überkapazitäten und die Verringerung der Produktion mit hohem Kohlendioxidausstoß - ein *Global Arrangement on Sustainable Steel and Aluminum* - auszuhandeln. Die EU und die USA konnten bislang keine Einigung erzielen und kündigten Ende 2023 eine verlängerte Aussetzung der Zölle. Die USA haben die Aussetzung um zwei Jahre ab dem 1. Januar 2024 verlängert. Die Aussetzung der Vergeltungszölle durch die EU gilt nur bis zum 31. März 2025. Die Zollkontingente bleiben für 2024 und 2025 unverändert. Eine endgültige Lösung zu verhandeln wird voraussichtlich der nächsten Administration überlassen.

Unter Präsident Biden leitete das USTR am 5. Mai 2022 eine Überprüfung der im Juli und August 2018 verhängten Section 301-Zölle ein. Im Anschluss an den USTR-Bericht kündigte die Biden Administration im Mai 2024 an, die Zölle fortzusetzen und noch höhere Zölle auf chinesische Waren aus strategischen Branchen wie *Clean-Tech*-Güter, Elektrofahrzeuge, Halbleiter sowie Stahl und Aluminium einzuführen. Die Zölle betreffen gezielt jene chinesischen Güter, die mit US-Industrien konkurrieren und von der Biden-Regierung gefördert werden. Die Zollerhöhungen im *Clean-Tech*-Sektor umfassen Stahl und Aluminium (von 0-7,5% auf 25% im Jahr 2024), Halbleiter (von 25 % auf 50 % bis 2025), Elektrofahrzeuge (von 25 % auf 100 % im Jahr 2024), Solarzellen (von 25 % auf 50 % im Jahr 2024) und bestimmte kritische Mineralien (von Null auf 25% im Jahr 2026). Im April 2024 leitete die Biden Administration eine weitere 301-Untersuchung zu chinesischem Schiffbau, Logistik und Seeverkehr ein.

Klima & Handel

Das Hauptaugenmerk der Handelspolitik der Biden-Administration lag bislang auf dem „arbeitnehmerorientierten“ Ansatz. Dennoch begannen die klimapolitischen Ambitionen der Vereinigten Staaten eine immer größere Rolle zu spielen. Im April 2024 betonte die Regierung die „Notwendigkeit und Dringlichkeit einer verstärkten Konzentration auf handelsbezogene Klimamaßnahmen“. Die WTO-Mitteilung der USA unterstreicht die Rolle handelsbezogener Klimamaßnahmen und die Bedeutung von Gesprächen zwischen den WTO-Mitgliedern, um die Wirksamkeit, die Auswirkungen und die Interoperabilität ihrer jeweiligen Maßnahmen besser beurteilen zu können. Die Mitteilung enthält Ideen zu den Themen und Prozessen, die zu praktischen politischen Optionen und Instrumenten zur Bewältigung des Klimawandels führen sollen, wobei die möglichen Auswirkungen auf den Handel berücksichtigt werden. Noch im selben Monat kündigte das Weiße Haus eine neue Climate and Trade Task Force an. Diese soll aus Vertretern verschiedener US-Ministerien bestehen und ein Forum für die US-Regierung sein, an den Themen *Carbon Leakage* und Daten-Methodologien für CO₂-Intensität von Gütern zu arbeiten. Die *Task Force* soll auch dazu dienen, den Dialog mit Partnern und Verbündeten zu vertiefen. Der im März 2024 veröffentlichte Bericht zur handelspolitischen Agenda 2024 enthielt auch eine neue Formulierung über die Einbindung anderer Partner in die laufenden Verhandlungen zwischen den USA und der Europäischen Union über die "Globale Vereinbarung über nachhaltigen Stahl und Aluminium" (GASSA).

Die Regierung von Präsident Trump hatte die Auswirkungen des Klimawandels in Frage gestellt und stattdessen die Energieunabhängigkeit der USA auf Grundlage der Nutzung fossiler Brennstoffe zu einer politischen Priorität gemacht. Während Umweltstandards bei den Verhandlungen der Rahmenabkommen der Biden-Regierung eine herausragende Rolle spielen, kam die Klimapolitik bei der Festlegung der Handelsagenda der ersten Trump-Regierung kaum zur Sprache.

Welthandelsorganisation

Präsident Trump sah sich bei der Welthandelsorganisation (WTO) mit einer Reihe von Streitigkeiten gegen seine Handelspolitik konfrontiert, darunter globale Zölle auf Stahl und ein Zollstreit mit China. Seit Dezember 2019 (unter Präsident Trump) lehnen die USA ab, Mitglieder für das Berufungsgremium der Welthandelsorganisation (WTO) zu ernennen.

Rechtsbereich: WTA-Regeln, Aufgaben nur schwer nachkommen kann und viele Streitigkeiten zwischen den Mitgliedern bleiben ungelöst. Auch die Biden-Administration verweist auf die „richterliche Übermacht“ des Berufungsgremiums, vor allem beim Thema nationale Sicherheit. Unter Biden betonte das USTR-Büro sein Engagement für die WTO, sowie die Notwendigkeit, die Streitbeilegungsfunktion weiterzuentwickeln. Jedoch wurden bislang keine konkreten Reformvorschläge seitens der USA eingebracht.

Ausblick

Sowohl die republikanische Plattform 2024 als auch die bisherige handelspolitische Rhetorik von Präsident Trump sprechen sich für pauschale und gegenseitige Zölle auf ausländische Waren und die Ablehnung des Meistbegünstigungsstatus für China aus. Die Plattform unterstützt den Trump Reciprocal Trade Act, der es dem Präsidenten erlauben würde, einen gegenseitigen Zoll auf Waren eines Landes zu erheben, wenn dieses einen höheren Zoll auf in den USA hergestellte Waren erhebt als die USA selbst. Trump hat bereits einen allgemeinen Zoll von 10 Prozent auf alle Einfuhren, einen Zoll von 60 Prozent auf Einfuhren aus China und einen Zoll von 100 Prozent auf ausländische Autoimporte, einschließlich Mexiko, angekündigt. Es werden zudem Maßnahmen erwogen, um die Einfuhr chinesischer Fahrzeuge vollständig zu verhindern. Während seiner Rede zur Annahme der Präsidentschaftsnominierung wiederholte Trump seine Drohung, Zölle auf Elektroautos zu erheben, die von chinesischen Unternehmen in Mexiko hergestellt werden, und betonte, dass die Zölle bis zu 200% betragen könnten, um sie auf dem US-Markt „unverkäuflich“ zu machen. Trump hatte gleich zu Beginn seiner Amtszeit die USA aus den Verhandlungen um die Transpazifischen Partnerschaft (TTP) herausgenommen und hat im Falle seiner Wiederwahl versprochen, das Indo-Pazifische Wirtschaftsabkommen (IPEF) zwischen den USA und der asiatisch-pazifischen Region zu beenden. Trump hat auch mit dem Austritt aus der WTO gedroht. Mit der Wahl des Senators von Ohio, J.D. Vance, zu seinem Vizepräsidenten hat Trump seine protektionistische Agenda für eine zweite Amtszeit weiter gefestigt. Vance hat sich dafür ausgesprochen, staatliche Maßnahmen - insbesondere Zölle, Handelsschranken und die Verhinderung ausländischer Übernahmen von U.S. Konzernen (wie z.B. die Übernahme des US-Stahlkonzerns US Steel durch die japanische Nippon Steel Corporation) - einzusetzen, um Industriesektoren wieder aufzubauen und die heimische Produktion zu schützen.

Präsident Biden gab Ende Juli bekannt, dass er nicht mehr zur Wiederwahl antritt und die Kandidatur seiner Vizepräsidentin Kamala Harris unterstützt. Nach seinem Auftritt bei der Präsidentschaftsdebatte Ende Juni und den sich seitdem verschlechternden Umfragewerten stand Biden unter zunehmendem Druck, „die Fackel weiterzureichen“. Harris stimmt zwar mit vielen von Bidens Prioritäten überein, doch könnte ihre politische Agenda in einigen Punkten noch weiter gehen. Es wird erwartet, dass Harris die Handelsstrategie von Präsident Biden fortsetzen wird, die dem Schutz US-amerikanischer Arbeitsplätze und Umweltstandards Vorrang vor einer traditionellen Freihandelsagenda einräumt. Neue Marktzugänge oder die Aufhebung bestehender Zölle sind unwahrscheinlich. Beim Klimawandel könnte Harris' Plan noch weiter gehen und ihren handelspolitischen Prioritäten entgegenkommen. In der Vergangenheit hat sie sich für eine „Klimaverschmutzungsgebühr“ eingesetzt, und als US-Senatorin war sie eine von nur zehn Senatoren, die gegen das Freihandelsabkommen zwischen den USA, Mexiko und Kanada (USMCA) gestimmt haben, weil ihr die klimapolitischen Maßnahmen nicht ausreichten. Ihr Klimaschwerpunkt könnte auch Initiativen zur Begrenzung der Treibhausgasemissionen in bestimmten Sektoren neuen Schwung verleihen - wie die Verhandlungen mit der EU zu einem Stahl und Aluminium Abkommen. In Bezug auf China wird Harris voraussichtlich den gezielteren Ansatz der Biden-Regierung fortsetzen. Harris' frühere Äußerungen und ihr Abstimmungsverhalten als Senatorin deuten auch auf ihre Besorgnis über chinesische Menschenrechte und *Cyber Security* hin - ein Gegensatz zu Trumps Fokus ausschließlich auf den Handel.

Für weitere Fragen und Informationen wenden Sie sich gerne an RGIT.



Impressum

Kontakt:

Tel: (001) 202-659-4777

<http://www.rgit-usa.com>

publications@rgit-usa.com

Die Washington News berichten über aktuelle wirtschafts- und handelspolitische Entwicklungen in den USA.

DISCLAIMER

This material is distributed by the Representative of German Industry and Trade (RGIT) on behalf of the Federation of German Industries (BDI) and the Association of German Chambers of Commerce and Industry (DIHK). Additional information is available at the Department of Justice, Washington, DC.

For German trade and investment visit www.germanbusinessusa.com



Representative of German Industry & Trade (RGIT) | 1130 Connecticut Ave NW Suite 1200 |
Washington , DC 20036 US

[Aus Mailingliste austragen](#) | [Constant Contact Datenhinweis](#)



Try email marketing for free today!

Washington News

Handel | Digital | Energie

Dezember 2024

Liebe Leserinnen und Leser,

ein spannendes (Wahl)-Jahr neigt sich dem Ende, und wir bedanken uns herzlich für Ihr stetes Interesse an unserem Newsletter. Wir wünschen Ihnen und Ihren Familien besinnliche Festtage, Gesundheit und Erfolg im neuen Jahr!

Ihr RGIT-Team



Im Fokus

Kabinett Trump II

Für seine neue Administration hat der designierte Präsident Donald Trump viele Kandidaten aus dem Privatsektor für wichtige wirtschaftspolitischen Posten ausgewählt. Für das Amt des US-Wirtschaftsministers nominierte er Howard Lutnick, CEO eines Wall Street Finanzdienstleisters. Er soll in der Handelspolitik der kommenden Administration eine zentrale Rolle spielen. Als US-Handelsbeauftragter soll Jamieson Greer einen weiteren handelspolitisch relevanten Posten übernehmen. Greer war Stabschef für Robert Lighthizer, als dieser während der ersten Trump-Administration das Amt des US-Handelsbeauftragten bekleidete.



Der als Finanzminister vorgeschlagene Scott Bessent und der vorgeschlagene US-Energieminister Chris Wright sind ebenfalls erfolgreiche Geschäftsmänner. Jeder dieser Kandidaten hatte Unterstützung für Trumps Agenda zur Deregulierung und dem Abbau der Bürokratie geäußert.

Im Gegensatz zu einigen Kandidaten für andere Kabinettsposten in der zweiten Trump-Administration wird das Wirtschaftsteam generell als unkontrovers angesehen. Bessent hat sich für einen „strategischen Einsatz“ von Zöllen ausgesprochen, was von einigen Beobachtern als Abweichung von Trumps Drohung nach universellen Zöllen wahrgenommen wurde. Alle Kabinettsmitglieder und hochrangige Führungsposten in US-Ministerien und Behörden müssen vom Senat bestätigt werden. Die Anhörungen und Abstimmungen über Kabinettsposten für die kommende Administration finden erst nach der Amtseinführung des Präsidenten am 20. Januar statt. (jm)



Handel



Donald Trump konkretisiert erste handelspolitische Maßnahmen

Der gewählte Präsident Donald Trump verkündete auf seinen Kanälen in den sozialen Medien Zölle gegen Mexiko und Kanada in Höhe von 25 Prozent zu erheben. Die Verfahren hierzu sollen am ersten Tag seiner Amtszeit eingeleitet werden und die beiden nordamerikanischen Partnerländer zu einem Kurswechsel in der Migrationspolitik und dem Bekämpfen von Fentanyl-Importen bewegen. Kanadas Premierminister Justin Trudeau reiste

daraufhin zu Gesprächen mit Trump nach Florida, Mexikos Präsidentin Claudia Sheinbaum Pardo telefonierte mit Donald Trump. Ferner drohte Trump, BRICS-Staaten, die sich vom US-Dollar als Leitwährung abwenden mit Zöllen bis zu 100 Prozent zu belegen.

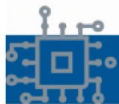
Neben Jamieson Greer als US-Handelsbeauftragten hat Trump einen weiteren Berater aus seiner ersten Amtszeit, Peter Navarro, als Senior-Berater für Handel und das produzierende Gewerbe ins Weiße Haus berufen.

US-Kongress widmet sich Kriminalität im internationalen Handel

Das US-Repräsentantenhaus verabschiedete mit überparteilicher Mehrheit einen Gesetzentwurf zur Handelskriminalität. Der Gesetzentwurf würde das US-Justizministerium anweisen, eine *Task Force* gegen kriminelle Aktivitäten im internationalen Handel einzurichten. Kriminelle Aktivitäten im Handel werden im Gesetz definiert als „Rechtsverstöße, die durch kriminelle Aktivitäten zur Umgehung von Zöllen und anderen import- und exportbezogenen Gebühren, Import- und Exportbeschränkungen oder Anforderungen aus einer Liste wichtiger US-Handelsgesetze entstehen“ [Übersetzung RGIT]. Die Gesetzgebung richtet sich vor allem gegen China. Der US-Senat muss den Entwurf ebenfalls noch verabschieden und der Präsident ihn unterzeichnen.

Neue Unternehmen auf Liste gegen Menschenrechtsverletzungen in Xinjiang

Die US-Ministerium für Heimatschutz (DHS) ergänzte die Liste an Unternehmen, die unter Verdacht stehen, von Zwangsarbeit der Uyghuren in der chinesischen Provinz Xinjiang zu profitieren. 29 chinesische Unternehmen wurden neu hinzugefügt und dürfen ihre Güter nun nicht mehr in die USA exportieren. Die Mehrheit der hinzugefügten Unternehmen stammt aus der Agrarwirtschaft, einige jedoch aus Bergbau und Aufbereitung/Raffination sowie der Polysilikonverarbeitung. Die sogenannte „entity list“ wurde als Teil des *Uyghur Forced Labor Prevention Act (UFLPA)* 2021 eingeführt. (pm)



Digital

Neue Ausfuhrkontrollen für chinesische Halbleiter und Fertigungsanlagen

Das *US-Bureau of Industry and Security (BIS)* hat Beschränkungen auf Produktionsanlagen von 24 verschiedenen Halbleitertypen und Softwaretools zur Entwicklung und Herstellung von drei weiteren Halbleitertypen erlassen. Außerdem wurden 140 chinesische Organisationen der Entity-Liste hinzugefügt und neue Hinweise zur Einhaltung der Vorschriften und zur Warenumleitung veröffentlicht. Für HBM-Komponenten (*High-Bandwidth Memory*), die in fortschrittlichen integrierten Schaltkreisen für das KI-Training verwendet werden, gelten ebenfalls neue Lizenzanforderungen im Rahmen der *Foreign Direct Product Rule*. Erklärtes Ziel der neuen Maßnahmen ist es, Chinas Fähigkeit zur Beschaffung und Produktion von Technologien für die militärische Modernisierung des Landes zu behindern. China reagierte auf die US-Maßnahmen mit einem Ausfuhrverbot der kritischen Mineralien Gallium, Germanium und Antimon in die USA. Auch die Graphit-Ausfuhr aus China in die USA werden von der chinesischen



Behörden genauer überprüft. Die BIS-Kontrollen traten am 2. Dezember sofort in Kraft, wobei die Frist für die Einhaltung der Vorschriften auf den 31. Dezember verschoben wurde. Interessierte können bis zum 31. Januar 2025 öffentliche Stellungnahmen zu den neuen Vorschriften an die BIZ übermitteln.

BIS bestätigt Kompetenzen für Regelung der Informationstechnik

Das *US-Bureau of Industry and Security* (BIS) hat durch eine endgültige Regelung seine Kompetenzen im Bereich Information Communications Technology and Services (ICTS) rechtlich verfestigt. Mit dem *Executive Order 13873* der Biden-Administration ist das BIS bevollmächtigt, Verbote und andere Regulierungen auf Informationstechnologien vorzuschlagen und zu vollstrecken. Die neue Regelung legt die Vorgehensweise für solche Verfahren im *BIS Office of Information and Communications Technology and Services* (OICTS) fest. (jm)



Energie



Überparteiliche Regulierung zur Planung des US-Netzausbaus finalisiert

Die US-Energieregulierungskommission FERC stimmte einer abgewandelten Regulierung zur Planung von Fern- und Übertragungsnetzen zu. Während eine frühere Version der Regulierung dieses Jahr die Kommissare entlang Parteilinien gespalten hatte, beschloss die Kommission die neue Regulierung einstimmig. Zentrale Frage war, ob die US-Bundesbehörde FERC die Übertragungsnetzbetreiber und

Planungsbüros der Einzelstaaten zwingen kann, in ihren Projektionen und Plänen zum Netzausbau verlängerte Zeithorizonte (über 20 Jahre) zu betrachten. Dies hätte den Spielraum für Einzelstaaten stark eingeschränkt, Übertragungsnetze in ihrem Bundesstaat zu blockieren. Die finale Regulierung (*Order No. 1920-A*) forciert zwar immer noch längere Planungshorizonte, räumt den Einzelstaaten jedoch ein etwas größeres Mitspracherecht als der ursprüngliche Vorschlag ein. Die Regulierung zwingt die Einzelstaaten ferner, die Kostenverteilung von Beginn an einzuplanen.

Neue und geplante EPA-Regularien zum Ende von Bidens Amtszeit

Die US-Umweltschutzbehörde EPA verbot die meisten Anwendungen zweier weit verbreiteter Lösungsmittel, Trichlorethen (auch „Trichlorethylen“, oder TCE) und Tetrachlorethen (auch „Perchlorethylen“, oder PCE). Das Verbot begründet die EPA mit den toxischen und krebserregenden Eigenschaften der Stoffe. Für TCE werden die meisten Anwendungen innerhalb eines Jahres verboten. Es bestehen längere Fristen (zwischen sieben und 50 Jahre) für einige Anwendungen, wie die Flugzeugreinigung und Anwendungen in medizinischen Geräten, Batterien und Kühlmitteln. Für PCE wird die Anwendung als Reinigungsmittel in der Textilreinigung innerhalb von 10 Jahren verboten, der Neukauf solcher Maschinen nach 6 Monaten. Alle Anwendungen in Konsumgütern und die meisten industriellen und kommerziellen Anwendungen werden innerhalb von drei Jahren verboten. Für unvermeidbare Anwendungen wie der Kühlmittelherstellung, in der Petrochemie, Agrarchemikalien, Kaltreiniger und Dampf-Entfetter/-Ölabscheider, sind strenge Arbeitsschutzmaßnahmen vorgeschrieben. Es ist unklar, ob die Trump-Administration das Verbot rückgängig machen möchte.

In einem separaten Verfahren schlug die EPA strengere Normen für Stickoxide (NOx) für neue Gasturbinen vor. Die Emissionsstandards würden für neu gebaute Gasturbinen in Kraftwerken und Industrieanlagen gelten. Der Zeitplan des Regelungsprozesses bedeutet, dass die endgültige Regelung erst in der neuen Trump-Administration erlassen würde, falls diese das Verfahren weiterverfolgen würde. Zu dem Regelungsvorschlag können 90 Tage lang Kommentare eingereicht werden. Ein Gericht wies die EPA an, die Regelung bis zum 12. November 2025 fertigzustellen.

Finale Richtlinien für IRA-Investitionssteuergutschrift

Das US-Finanzministerium und das US-Energieministerium stellten die lang erwartete

Richtlinie für die Investitionssteuergutschrift für Saubere Energie („Section 48 Energy Credit“) des Inflation Reduction Act fertig. Die finale Implementierungsrichtlinie verdeutlicht die allgemeinen Regeln der Steuergutschrift, besonders die erwartete Definition von förderfähigen Grundstücken. Sektorspezifische Erklärungen sind enthalten für die Branchen: Offshore Wind, Erdwärmepumpen, Biogasanlagen, Energiespeicher und Wasserstoffspeicher. Die Definition eines „Energieprojekt“ verlangt, dass Rezipienten der Gutschrift nachweisen, dass sie die Energiegüter („energy properties“) des Projektes besitzen sowie vier von sieben weiteren Faktoren nachweisen können. Die finale Regel enthält außerdem eine Reihe Klarstellungen zum Inlandsanteilbonus („domestic content bonus“) und spricht den Rezipienten der Gutschrift etwas Flexibilität bei der Kalkulierung von Projekten mit verschiedenen Energiegütern und parallelen, mehrjährigen Bauzeiten zu. (pm)



Impressum

Informationen des Representative of German Industry and Trade (RGIT) in Washington, DC

Kontakt:

Tel: (001) 202-659-4777

<http://www.rgit-usa.com>

publications@rgit-usa.com

Die Washington News berichten über aktuelle wirtschafts- und handelspolitische Entwicklungen in den USA.

DISCLAIMER

This material is distributed by the Representative of German Industry and Trade (RGIT) on behalf of the Federation of German Industries (BDI) and the German Chamber of Commerce and Industry (DIHK). Additional information is available at the Department of Justice, Washington, DC.

For German trade and investment visit www.germanbusinessusa.com

Follow us on LinkedIn!

Representative of German Industry & Trade (RGIT) | 1130 Connecticut Ave NW Suite 1200
| Washington , DC 20036 US

[Aus Mailingliste austragen](#) | [Constant Contact Datenschinweis](#)



Try email marketing for free today!

Washington News

Handel | Digital | Energie

Januar 2025



Im Fokus

Die ersten Tage der zweiten Trump-Administration

Am ersten Tag im Amt hat US-Präsident Donald Trump eine historisch hohe Anzahl von Exekutivanordnungen unterzeichnet. Trump widerrief 78 Dekrete der Biden-Administration, einschließlich Bidens Anordnung zur Entwicklung sicherer KI-Technologien und einer Reihe energie- und klimarelevanter Massnahmen. Darüber hinaus kündigte der neue Präsident eine neue *America First Außen- und Handelspolitik* an und rief einen nationalen Energienotstand aus.



Handelspolitische US-Behörden sind aufgefordert, ihre aktuelle Politik und geltende Abkommen mit US-Handelspartnern neu zu überprüfen. Dabei sollen sie mögliche Maßnahmen für einen Neuabgleich der US-Handelsbilanzen vorschlagen. Genehmigungsverfahren für Energieförderungs- und Infrastrukturprojekte sollen beschleunigt werden. Kontrollen auf unautorisierte Grenzüberquerungen werden verschärft und Asylanträge erschwert. Außerdem werden die USA das Pariser Klimaabkommen wieder verlassen und das Mindestbesteuerungsabkommen der OECD nicht unterzeichnen.

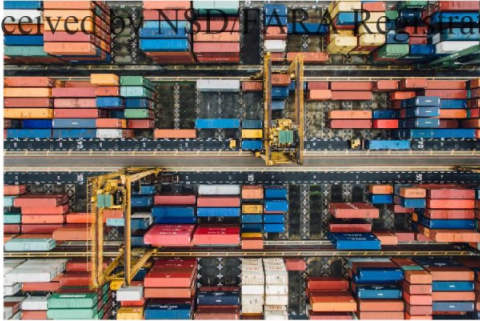
Von Trumps designierten Kabinettsmitgliedern ist bislang nur Marco Rubio als neuer US-Außenminister vom Senat bestätigt worden. Die Senatsabstimmung über den designierten Finanzminister Scott Bessent soll kommende Woche stattfinden. Andere Kabinettskandidaten, wie der designierte Wirtschaftsminister Howard Lutnick, müssen sich zunächst noch einer Anhörung vor dem relevanten Senatsausschuss unterziehen. (jm)



Handel

„America First Trade Policy“-Memorandum

In einem Memorandum weist US-Präsident Trump seine neuen Kabinettsmitglieder an, bis zum 1. April 2025 in mehreren Bereichen Überprüfungen einzuleiten und politische Empfehlungen



vorzubereiten. Dabei sollte besonderes Augenmerk auf die Ursachen des anhaltenden Handelsdefizits, die De-minimis-Ausnahme, unfaire Außenhandelspraktiken und die Auswirkungen des Handelsabkommens USMCA gelegt werden. Außerdem sollen Währungsmanipulationen, Migrationsströme sowie der Schmuggel der Droge Fentanyl untersucht und bekämpft werden. Im Fokus stehen hier insbesondere Kanada, Mexiko und China. Trump fordert außerdem die Einrichtung

eines *External Revenue Service* (ERS) zur Erhebung von Zöllen, Abgaben und anderen Einnahmen im Zusammenhang mit dem Außenhandel sowie die Überprüfung der Antidumping- und Ausgleichszollgesetze (AD/CVD) und deren Einhaltung durch ausländische Regierungen und Befragte.

Das Memorandum fordert USTR auf, den Marktzugang für US-Unternehmen, Arbeitnehmer, Landwirte, Viehzüchter und Dienstleister durch die Aushandlung bilateraler oder sektorspezifischer Abkommen zu erweitern.

In Bezug auf China fordert das Memorandum das Büro des US-Handelsbeauftragten auf, die Ergebnisse der vierjährigen Überprüfung der Section-301-Zölle zu analysieren – insbesondere im Hinblick auf industrielle Lieferketten und Umgehungen durch Drittländer – und Empfehlungen für weitere Untersuchungen oder zusätzliche Zolländerungen abzugeben. Trump fordert auch die Überprüfung von Gesetzesvorschlägen, die den Status Chinas als regulären Handelspartner (PNTR) in Frage stellen würden.

Zur wirtschaftlichen Sicherheit fordert das Memorandum eine Überprüfung der Wirksamkeit der Ausschlüsse, Ausnahmen und anderer Maßnahmen zur Anpassung der Stahl- und Aluminiumimporte im Hinblick auf die nationale Sicherheit. Die Außen- und Wirtschaftsminister werden beauftragt, Schlupflöcher in den Exportkontrollrichtlinien zu identifizieren und zu beseitigen, um den Transfer strategischer Güter, Software, Dienstleistungen und Technologien an strategische Rivalen einzuschränken. Das Memorandum fordert außerdem eine Überprüfung und einen Maßnahmenvorschlag zur Regelsetzung durch das *Office of Information and Communication Technology and Services* (ICTS) für vernetzte Fahrzeuge, einschließlich der Frage, ob andere vernetzte Produkte in Betracht gezogen werden sollten. Präsident Trump fordert außerdem eine Überprüfung der Richtlinien für Auslandsinvestitionen, einschließlich der Frage, ob die Executive Order 14105 vom 9. August 2023 (*Addressing United States Investments in Certain National Security Technologies and Products in Countries of Concern*) geändert oder ersetzt werden sollte und ob die endgültige Regelung mit dem Titel „*Provisions Pertaining to U.S. Investments in Certain National Security Technologies and Products in Countries of Concern*“, 89 Fed. Reg. 90398 (15. November 2024), die die Executive Order 14105 umsetzt, ausreichende Kontrollen enthält, um Bedrohungen der nationalen Sicherheit zu begegnen.

Memorandum zur OECD zum *Global Tax Deal*

Im Jahr 2021 hatten die Biden-Regierung und 137 Länder einen internationalen Mindeststeuersatz von 15 Prozent vereinbart, der von großen Unternehmen gezahlt werden sollte. In einem Memorandum von US-Präsident Trump werden die Verpflichtungen der USA im Zusammenhang mit dem globalen Steuerabkommen der OECD abgelehnt, sofern sie nicht vom Kongress verabschiedet werden. Außerdem werden das US-Finanzministerium und USTR angewiesen, ausländische Steuern und Steuerpraktiken zu ermitteln, die US-amerikanische Unternehmen unverhältnismäßig stark belasten. Weiter sollen sie innerhalb von 60 Tagen Maßnahmen empfehlen, die der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit der USA Vorrang einräumen. (sh)



Digital

BIS erteilt neue Exportkontrollen auf KI-Technologien

In der letzten Woche der Biden-Administration kündigte das *Bureau of Industry and Security* (BIS) eine neue Regelung an, die Genehmigungspflichten für die Ausfuhr von hochentwickelten integrierten Schaltkreisen (ICs) und führenden KI-Modellen vorsieht. Das BIS hat dafür drei Ländergruppen mit unterschiedlichen Beschränkungen je nach Standort und Hauptsitz des Unternehmens festgelegt. Gruppe 1 beinhaltet die Vereinigten Staaten und 18 in der Regelung benannte Länder, darunter enge Partner wie Deutschland. Für sie gelten die geringsten Beschränkungen. Unternehmen der Gruppe 3 mit Sitz in bedenklichen Ländern wie China, Russland und Iran, müssen mit einer Verweigerung rechnen. Für Unternehmen aus allen anderen Ländern (Gruppe 2) gelten Obergrenzen für die Ausfuhr fortschrittlicher Chips, die pro Unternehmen und pro Land gelten. Länder in Gruppe 2 können fortschrittliche ICs bis zu einer Höchstmenge von 50.000 NVIDIA H100-Chips im Rahmen von einmaligen Ausfuhrgenehmigungen importieren. Dieses Limit kann durch ein Regierungsabkommen mit den USA verdoppelt werden, wenn bestimmte Sicherheitsanforderungen erfüllt werden. Unternehmen in Ländern der Gruppe 1 können außerdem bis zu 1.700 H100-äquivalente Chips im Rahmen der *Low Processing Performance*-Lizenz Ausnahme erhalten, die nicht auf das Länderlimit angerechnet werden. Unternehmen mit Hauptsitz in Ländern der Gruppen 1 und 2 können sich zudem für den Status von *Universal Verified End Users* (UVEU, betrifft Mitglieder der Gruppe 1) oder *National Verified End User* (NVEU, für Mitglieder der Gruppe 2) bewerben. UVEU- und NVEU-Unternehmen müssen sich an eine Reihe von Sicherheitsvorschriften halten, aber dafür erhalten sie Lizenz ausnahmen und dürfen eine erhöhte Anzahl von Hochleistungschips importieren.



Allerdings gibt es auch für Länder der Gruppe 1 Beschränkungen bei der Ausfuhr von KI-Modellen, die mit mehr als 10^{26} Rechenoperationen trainiert wurden. Bislang hat dieses Level jedoch noch kein öffentlich bekanntes Modell erreicht. Open-Source-Modelle sind von dieser Beschränkung ausgenommen.

US-Wirtschaftsvertreter haben sich kritisch über die neue Regelung geäußert. Sowohl der *Information Technology Industry Council* (ITI) als auch die *Semiconductor Industry Association* (SIA) erklärten, die Regelung würde der Wettbewerbsfähigkeit der USA schaden. Außerdem sei die Regelung ohne Beteiligung der Industrie erlassen worden. Der ITI forderte die neue Trump-Administration auf, die Regelung zurückzuziehen.

Die neuen Kontrollen sollen nach einer 120-tägigen Frist zur Stellungnahme in Kraft treten. Einige physische und sicherheitsrelevante Anforderungen an VEU müssen erst ab dem 15. Januar 2026 eingehalten werden.

Trump hebt Bidens KI-Exekutivanordnung auf

Der neue US-Präsident Donald Trump hat das Dekret seines Vorgängers Joe Biden zur Entwicklung vertrauenswürdiger und sicherer KI von Oktober 2023 widerrufen. Die Anordnung hatte US-Behörden aufgefordert, neue Regeln gegen mögliche Diskriminierung durch KI-Systeme oder KI-generierte Falschinformationen zu schaffen und etablierte Gremien für die Erarbeitung von freiwilligen Standards mit großen KI-Entwicklern. Trump und einige seiner Unterstützer aus der US-Techbranche hatten diese Maßnahmen als benachteiligend für die US-Wettbewerbsfähigkeit im globalen KI-Rennen bezeichnet. (jm)



Energie

Trump Administration beginnt Umbau der US-Energie- und Klimapolitik

Ein großer Teil der am ersten Amtstag von Trump unterzeichneten Dekrete und



Memoranda fäutet eine Neuausrichtung der US-Energiepolitik und ein Ende der US-Klimapolitik ein. Per Dekret rief Präsident Trump einen nationalen Energienotstand als Reaktion auf eine laut ihm unzureichende Energieversorgung und -infrastruktur der USA aus, die durch die Biden-Administration verschärft worden sei. Das Dekret unterstreicht die

Notwendigkeit eines zuverlässigen und erschwinglichen Energiesystems, um die Wirtschaft, die militärische Bereitschaft und die globale Wettbewerbsfähigkeit zu unterstützen. Es betont, dass die derzeitigen Schwachstellen im Energiebereich, insbesondere an der Westküste und im Nordosten, eine erhebliche Bedrohung für die nationale Sicherheit darstellen. Ziel sei es, die USA „energiedominant“ zu machen. Die Anordnung weist eine Reihe an Regierungsbehörden an, wenn möglich, Notstandsbefugnisse zu nutzen, um den Bau und den Transport von Energieressourcen zu beschleunigen, unter anderem durch die Nutzung des *Defense Production Act*. Ferner wird die Anwendung von Notfallgenehmigungsverfahren im Rahmen des *Clean Water Act* und des *Endangered Species Act* angeordnet, um Infrastrukturprojekte zu beschleunigen. Solar-, Windkraft- und Batterieprojekte sind nicht inkludiert. Darüber hinaus werden die Regierungsbehörden eine koordinierte Bewertung der Energieinfrastruktur vornehmen und die Erschließung kritischer Rohstoffe stärker priorisieren. Details zur Nutzung der Notstandsbefugnisse sind unklar und werden erst in den kommenden Monaten ausgearbeitet werden. Einige Analysten halten es sogar für denkbar, dass den Betreibern von Kohlekraftwerken verboten werden könnte, ihre Kraftwerke vom Netz zu nehmen.

Die USA werden erneut aus dem Pariser Klimaabkommen austreten, wohl aber in der UN Rahmenkonvention UNFCCC verbleiben. Dasselbe Dekret nimmt auch den „U.S. *International Climate Finance Plan*“ zurück und hebt ein Verbot der Förderung von fossilen Energieprojekten mit US-Hilfsgeldern aus Bidens Amtszeit auf. Ebenfalls aufgehoben wurden zwölf Biden-Dekrete mit Bezug zu Klima- und Umweltschutz, darunter das Ziel der US-Regierung selbst bis 2050 klimaneutral zu sein und die US-Elektromobilitätsziele bis 2030. Von besonderer Bedeutung war für die Trump Administration die Rücknahme von Bidens Genehmigungsstopp für neue LNG-Exportgenehmigungen und deren Erneuerung.

Präsident Trump ordnete ebenfalls an, alle Zahlungen von Geldern (nicht Steuergutschriften) des *Inflation Reduction Act* und *Bipartisan Infrastructure Law* zu stoppen, bis die neuen Ministerien und Behörden diese auf ihre Mittelverwendung und Ziele prüfen können. Ein zweites Memorandum versucht den Umfang zu präzisieren, nichtsdestotrotz herrscht Unklarheit über Zeithorizonte und Reichweite der Pause. Laut Gesetz kann der Präsident Gelder, die bereits vom Kongress autorisiert wurden, nicht blockieren (sog. *impoundment*), jedoch wohl temporär aussetzen, bis die Implementierungen und konkret geförderten Programme und Mittelverwendungen auf die Kompatibilität mit den Zielen der neuen Regierung geprüft wurden. Mittelumschichtungen und Neuausrichtungen von Infrastruktur- und Energieprogrammen gelten als wahrscheinlich.

Ferner ordnete der Präsident einen Stopp aller laufender Regel- und Implementierungsprozesse bis zur Überprüfung durch die neue Administration an. In der Energie-, Umwelt- und Klimapolitik betrifft dies allen voran die ausstehende Implementierung der Strafzahlung bei Methanlecks in der Öl- und Gasindustrie, die Abgasnorm für Fahrzeuge bei der EPA, eine Verschärfung der Regulierung von Ethylenoxid und anderen Chemikalien bei der EPA, eine Energieeffizienzregel für Elektromotoren, zwei Regulierungen zur Verschärfung der Sicherheitsbestimmungen für Pipelines und eine Regulierung zu Sicherheitsstandards für CO₂- Pipelines.

Präsident Trump kündigte ebenfalls den Versuch an, Bidens Verbot neuer Gebietsausweisungen für die Offshore-Öl- und Gasproduktion zu beenden. Trump strich stattdessen temporär die gesamte kontinentale US-Küste von der Ausgabe weiterer Lizenzen für den Offshore-Windausbau. Er verkündete während der Unterzeichnung nicht ein Windrad in seiner Amtszeit bauen zu wollen.

Weitere Dekrete beschäftigen sich spezifisch mit der Erschließung von Alaskas fossilen und mineralischen Ressourcen, mit der Aufhebung von Energieeffizienzregeln und dem Versuch, Kalifornien das Recht zu entziehen, seine eigenen Abgasnormen und Verkaufsverbote für Verbrennermotoren umzusetzen.

Letzte Regeln der Biden Administration: Definition förderfähigen Wasserstoffs

Die Biden Administration veröffentlichte in den finalen Wochen ihrer Amtszeit einige letzte Regulierungen. Fast zweieinhalb Jahre nach der Verabschiedung des *Inflation Reduction Act* (IRA) ist nun auch die finale Regel der Steuergutschrift für die Produktion von sauberem Wasserstoff (45V) fertiggestellt. Die finale Fassung übernimmt einige Änderungsvorschläge der Industrie, unter anderem die Möglichkeit, dass in einigen Fällen Wasserstoff aus Kernenergie förderfähig ist. Die zentrale Debatte konzentrierte sich auf die Gestaltung des stündlichen Matching und die Inkrementalitätsanforderungen sowie die zugrunde gelegten Methanleckraten bei der Produktion von blauem Wasserstoff. Der Übergang zum stündlichen Matching wurde auf das Jahr 2030 verschoben, ein Zeitplan ähnlich dem der Europäischen Union. Die Steuergutschrift und ihre Implementierungsregel enthält keinen Ausschluss von Bauteilen, die außerhalb der USA zusammengebaut wurden, das heißt deutsche Exportgüter können in subventionierten US-Wasserstoffprojekten verwendet werden. Es ist unklar, ob die Implementierung in dieser Form in der Trump Administration bestehen bleiben wird. (pm)

ICYMI



Anfang Januar war Hildegard Müller, Präsidentin des Verbandes der Automobilindustrie (VDA), zu Besuch in Washington. Gemeinsam mit den RGIT-Kollegen traf sie sich mit den Büros diverser US-Kongressabgeordneter und Vertretern politischer Think Tanks und Interessenvertretungen. Als Ehrengast auf dem gemeinsam mit der Konrad-Adenauer-Stiftung veranstalteten Neujahrsempfang äußerte sie sich zuversichtlich, dass die Handelsbeziehungen zwischen den USA und Deutschland als tragende Säule der wirtschaftlichen Zusammenarbeit beider Länder Bestand hält. (srs)

Impressum

Informationen des Representative of German Industry and Trade (RGIT) in Washington, DC

Kontakt:

Tel: (001) 202-659-4777

<http://www.rgit-usa.com>

publications@rgit-usa.com

Die Washington News berichten über aktuelle wirtschafts- und handelspolitische Entwicklungen in den USA.

DISCLAIMER

This material is distributed by the Representative of German Industry and Trade (RGIT) on behalf of the Federation of German Industries (BDI) and the German Chamber of Commerce and Industry (DIHK). Additional information is available at the Department of Justice, Washington, DC.

Follow us on LinkedIn!

Representative of German Industry & Trade (RGIT) | 1130 Connecticut Ave NW Suite 1200
| Washington , DC 20036 US

[Aus Mailingliste austragen](#) | [Constant Contact Datenschinweis](#)



Try email marketing for free today!



Fireside Chat: Der Kongress und US-Wirtschaftspolitik nach der Wahl

In den USA wird dieses Jahr nicht nur das Amt des Präsidenten gewählt. Das gesamte Repräsentantenhaus und ein Drittel des Senats stehen ebenfalls zur Wahl. In beiden Kammern sind neue Mehrheiten und Fraktionsvorsitzende möglich. Mit dem Wahlkampf im Endspurt fragen wir nach, wie die Prognosen aussehen und welche Auswirkungen neue Mehrheitskonstellationen im Kongress auf die US-Wirtschaftspolitik haben könnten. Wie würde ein von Demokraten oder Republikanern geführter oder ein gespaltenere Kongress mit wichtigen wirtschaftspolitischen Fragen wie Zöllen, Steuerpolitik, Reform der Planungs- und Genehmigungsverfahren, KI-Regulierung oder Datenschutz umgehen?

Um diese und weitere Fragen zu diskutieren, laden wir Sie hiermit herzlich ein zu RGITs „Fireside Chat“ mit **Dr. Christoph Schemioneck**, President and CEO of RGIT, und **Peter Sparding**, Senior Vice President and Director of Policy at the Center for the Study of the Presidency and Congress. Gemeinsam werden sie die Wahlen und deren mögliche Auswirkungen in einem informellen Gespräch diskutieren. Am Ende des Webinars wird es eine Gelegenheit für Fragen aus dem Publikum geben. Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme!

Datum und Uhrzeit

31. Oktober 2024

15:00 Uhr MEZ

10:00 Uhr ET

REGISTRIERUNG

Bei weiteren Fragen wenden Sie sich bitte an Jay Morgan unter jmorgan@rgit-usa.com.

Informationen des Representative of German Industry and Trade (RGIT) in Washington, DC

Kontakt:

Tel: (001) 202-659-4777

<http://www.rgit-usa.com>

publications@rgit-usa.com

DISCLAIMER

This material is distributed by the Representative of German Industry and Trade (RGIT) on behalf of the Federation of German Industries (BDI) and the German Chamber of Commerce and Industry (DIHK). Additional information is available at the Department of Justice, Washington, DC.

For German trade and investment visit www.germanbusinessusa.com

Representative of German Industry & Trade (RGIT) | 1130 Connecticut Ave NW Suite 1200
| Washington, DC 20036 US



Try email marketing for free today!

Washington News

Handel | Digital | Energie

November 2024



Im Fokus

US-Wahlen 2024

Donald Trump und die Republikanische Partei haben die Wahlen um die US-Präsidentschaft und die Mehrheit im Kongress gewonnen. Mit 312 der sogenannten Wahlmänner im *Electoral College* kehrt Trump für eine zweite Amtszeit ins Weiße Haus zurück. Er erzielte auch die sogenannte *Popular Vote*, also die Mehrheit der einzelnen US-Wählerstimmen. Außerdem konnten sich die Republikaner Mehrheiten in beiden Kammern des US-Kongresses sichern. In einigen Staaten werden Stimmen noch ausgezählt, aber im Repräsentantenhaus sollten die Republikaner in der kommenden Legislaturperiode über mehr als 220 Sitze verfügen – im Vergleich zu 215 der Demokraten. Im Senat kommen die Republikaner voraussichtlich auf eine Mehrheit von 53 Sitzen, während 47 Demokraten und unabhängige Senatoren eine Opposition bilden.

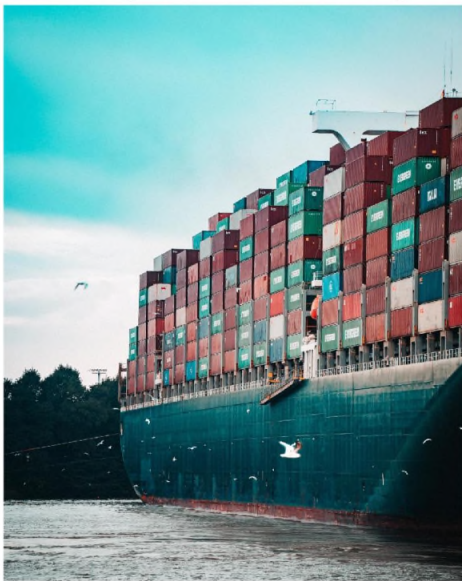


Mit der Kontrolle über die Regierung und beide Kongresskammern können die Republikaner ihre Agenda bis zu den Zwischenwahlen im Jahr 2026 mit wenig Widerstand durchsetzen. Die während Trumps erster Amtszeit verabschiedeten Steuersenkungen laufen Ende 2025 aus. Führende Republikaner haben angekündigt, dass diese verlängert und weiter ausgebaut werden sollen. Staatsausgaben sollen in verschiedenen Bereichen gekürzt werden. Einzelheiten dieser Forderungen stehen noch nicht fest, möglich sind Kürzungen bei Initiativen der Biden-Administration wie dem *Inflation Reduction Act*. Im Wahlkampf hatte Donald Trump flächendeckende Zölle auf alle Einfuhren in die USA und Massenabschiebungen von undokumentierten Einwanderern versprochen.

Für sein Kabinett hat Trump bevorzugt Loyalisten nominiert, die ihm zugesichert haben, seine Forderungen zügig durchzusetzen. Viele dieser Posten müssen noch vom Senat bestätigt werden, wo einigen der kontroversen Kandidaten die Unterstützung der notwendigen Mehrheit fehlen könnte. Im Repräsentantenhaus könnte die knappe republikanische Mehrheit auch einigen Vorschlägen der neuen Administration für Haushaltskürzungen oder der Abschaffung populärer Steueranreize für grüne Technologien im Weg stehen. (jm)



Handel



Trump plant Zentralisierung der Handelspolitik im Weißen Haus

Der gewählte Präsident Donald Trump hat Investmentbanker Howard Lutnick, Hauptgeschäftsführer von Cantor Fitzgerald und Co-Chef des Trump'schen Übergangsteams, für den Posten des US-Wirtschaftsministers nominiert. Falls vom Senat bestätigt, wäre Lutnick damit zuständig für die US-Wirtschaftspolitik und das Thema Wirtschaftssicherheit, insbesondere mit Blick auf China. Besonders an der Ankündigung des Trump-Teams ist, dass Lutnick ebenfalls „direkte Zuständigkeit“ für das Büro des US-Handelsbeauftragten (USTR) haben soll. Traditionell hat das US-Wirtschaftsministerium (DOC) keine Kontrolle über dieses Büro, welches direkt dem Weißen Haus untersteht. Der Kongress hatte USTR ursprünglich eingerichtet, damit Verhandlungen separat von der Wirtschaftspolitik

geführt werden können. In der Vergangenheit lehnte der Kongress eine Zusammenlegung deshalb ab. Denkbar wäre allerdings ein Szenario, in dem Lutnick zusätzlich zum Posten als Wirtschaftsminister eine Rolle als spezieller Berater für Handelsfragen (*trade czar*) im Weißen Haus erhält, dem der US-Handelsbeauftragte unterstellt würde. Eine solche Konstellation würde mehr denn zuvor Fragen der inländischen Wirtschaftspolitik mit der Fähigkeit zur Erhebung von Zöllen verbinden und Macht im Weißen Haus konsolidieren.

US-CBAM enthält mehr Aufmerksamkeit im Kongress

Der Wissenschaftliche Dienst des US-Kongresses, der *Congressional Research Service* (CRS), veröffentlichte eine Publikation zum Thema Kohlenstoff-Grenzausgleichsmechanismen und skizziert Schwierigkeiten bei der Umsetzung in den USA. Dabei wird auch der EU-CBAM beleuchtet. Im Kongress liegen sieben verschiedene Gesetzesentwürfe vor, die von Politikern beider Parteien unterstützt werden. Das Interesse an einem sogenannten *Border Carbon Adjustment* (BCA), auch als *Foreign Pollution Fee* bezeichnet, ist groß, und sowohl der Kongress als auch die Regierung arbeiten an Vorschlägen zur Datenerhebung (*carbon accounting*). Der Bericht unterstreicht zudem den unklaren Status des EU-CBAM bei der WTO und hebt die wichtigsten Herausforderungen für den US-Gesetzgeber hervor, sollte er sich für die Einführung ähnlicher Maßnahmen – mit oder ohne Inlandspreis – entscheiden.

Liste der Buy American-Ausnahmen soll gekürzt werden

Das Weiße Haus hat die strengsten Buy-American-Regeln seit der Verabschiedung der *Federal Acquisition Regulation vorgeschlagen*. Mit dem Regelvorschlag würden 70 Artikel von der Liste der ausgenommenen Artikel gestrichen, unter anderem Mikroprozessorchips sowie kritische Mineralien und Seltene Erden, sowie andere Artikel, die als Risiko für die nationale Sicherheit und Lieferketten gelten. Im Falle einer Verabschiedung der Regel müssten US-Bundesministerien und -behörden für jede ausländische Beschaffung der Güter eine Ausnahmegenehmigung veröffentlichen.

Die vorgeschlagene Regelung bezieht sich auf Buy American – die Regeln für das direkte Beschaffungswesen auf Bundesebene – und nicht auf die umfassenderen Buy America-Regeln, die Anforderungen an Projekte mit finanzieller Unterstützung durch den Bund stellt, zum Beispiel für Infrastrukturprojekte. (pm)

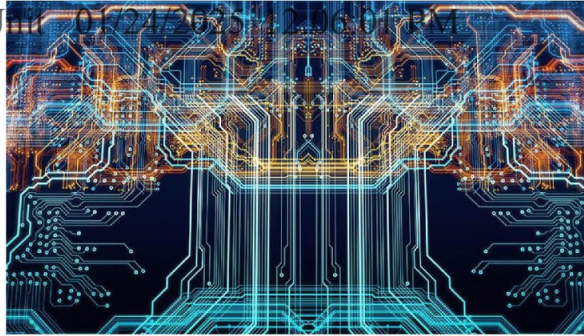


Digital

US-Treasury veröffentlicht Regelung für Steuergutschrift an Chip-Investitionen

Eine von der US-Treasury veröffentlichte Regelung zum Advance

Rekonsolidation U
Manufacturing Investment Credit ermöglicht eine Steuergutschrift von 25 Prozent auf Investitionen in die Halbleiterherstellung, die nach August 2022 getätigt worden sind. Dies gilt für Investitionen in Anlagen zur Herstellung von Chips und Wafern sowie für Halbleiterverpackungen. Auch die Herstellung von Halbleiterwafern für Solarzellen fallen unter die neue Regelung, nicht aber die Produktion des Vorläufers Polysilizium.



Das US-Finanzministerium hat die Leitlinien für die CHIPS-Investitionssteuergutschrift angepasst. In Zukunft sollen sie den Regeln für den Erhalt von Direktsubventionen des US- Wirtschaftsministeriums entsprechen. Empfänger der CHIPS-Steuer-gutschrift für Investitionen dürfen somit ihre Halbleiterproduktionsanlagen in China nicht erweitern oder sich an bestimmten gemeinsamen Forschungsprojekten mit Unternehmen in China beteiligen. Das Verbot der Anlagenerweiterung gilt nicht für die Produktion alter Halbleiter oder solcher, die überwiegend den chinesischen Inlandsmarkt bedienen. Die *Semiconductor Industry Association* (Verband der Halbleiterindustrie) lobte die endgültige Regelung und würdigte das CHIPS-Gesetz als Anreiz für Investitionen in die US-Halbleiterproduktion.

US-Administration setzt neue Beschränkungen für US-Investitionen in China

In Zukunft sollen bestimmte Investitionen in China oder mit chinesisch kontrollierten Körperschaften in Drittländern verboten werden, so eine neue Regelung der US-Regierung. Betroffen sind Firmen mit Bezug zu fortgeschrittener Halbleiterproduktion, Quantencomputern oder der Entwicklung von KI für die nationale Sicherheit. Für eine Reihe weiterer Transaktionen müssen Unternehmen und Investoren das US-Finanzministerium über Investitionen in diese drei Technologiebereiche informieren. Die Regelung betrifft neben US-Personen, also US-Bürger und Personen mit ständigem Wohnsitz in den USA, unabhängig vom Aufenthaltsort, auch alle Personen, die sich in den USA aufhalten. Auch nach US-Recht gegründete Unternehmen und andere Organisationen und deren Tochtergesellschaften im Ausland sind von dieser Regel betroffen. Während die Regelung von Mitgliedern beider großer Parteien in den USA weitgehend unterstützt wird, befürchten viele in der Geschäftswelt, dass der breite Anwendungsbereich und die technologischen Definitionen der Regelung die Einhaltung der Vorschriften gefährden könnten. Die neuen Vorschriften treten am 2. Januar 2025 in Kraft. (jm)



Energie

Trump benennt zentrale Posten der Energie- und Umweltpolitik

Donald Trump hat drei zentrale Figuren für seine innenpolitische Energie- und Klimapolitik benannt, die eine Agendawende in der Energie-, Umwelt- und Klimapolitik umsetzen sollen. Das US-Innenministerium (DOI) soll künftig von Doug Burgum geführt werden. Burgum ist Gouverneur von North Dakota und ehemaliger Tech CEO. Er beabsichtigt, der Öl- und Gasindustrie mehr Böden des Bundes für Bohr- und Förderprojekte zur Verfügung zu stellen sowie Regulierungen der Landnutzung und Genehmigungsverfahren zu reduzieren. Zusätzlich zu seiner Rolle als US-Innenminister soll Burgum eine Rolle als Sonderberater des Weißen Hauses erhalten und einen neu eingerichteten *National Energy Council* leiten, dessen Ziel es ist, eine „Energiedominanz“ der USA zu schaffen.

Das US-Energieministerium (DOE) soll Chris Wright, CEO eines Öl- und Gasunternehmens und republikanischer Spender, übernehmen. Unter Wright könnte eine DOE-Studie gestoppt werden, die negative Effekte von ausgeweiteten LNG-Exporten untersucht und mit einem Genehmigungsstopp von Exportterminals einherging.

Rekonsolidation U
Die US-Umweltschutzbehörde EPA soll von Lee Zeldin geleitet werden, einem ehemaligen Kongressabgeordneten aus New York. Zeldin war Mitglied eines Zusammenschlusses konservativer Klimapolitiker, der einen überparteilichen Klimapolitischen Gruppierung im

Repräsentantenhaus und wird Trumps Agenda einer umweltpolitischen Deregulierung umsetzen. Dabei wird er versuchen, zentrale Regulierungen der Biden-Administration rückgängig zu machen. Alle Personalien müssen 2025 noch vom Senat bestätigt werden.

EPA finalisiert Methan-Gebühr für Öl- und Gaswirtschaft

Die US-Umweltschutzbehörde EPA hat die finale Regelung veröffentlicht, nach der Öl- und Gasunternehmen für ihre Methanemissionen eine so genannte „Abfall-Emissionsgebühr“ (WEC) zu entrichten haben. Die Gebühr wird von der EPA auf Emissionen erhoben, die bestimmte Schwellenwerte überschreiten und gilt für Anlagen, die mehr als 25.000 Tonnen CO₂-Äquivalent an Treibhausgasen pro Jahr ausstoßen. Die Gebühr wird im Jahr 2024 auf 900 US-Dollar pro Tonne festgesetzt und steigt im Laufe der Zeit an, bis sie im Jahr 2026 1.500 US-Dollar erreicht. Die Methanabgabe war Teil des *Inflation Reduction Act 2022* und könnte im Kongress Ziel der republikanischen Mehrheit werden, die eine Bepreisung von Methanemissionen ablehnen.



Weißes Haus schlägt Verdreifachung der US-Kernkraft bis 2050 vor

In einem vom Weißen Haus und dem US-Energieministerium veröffentlichten Strategiepapier wird ein Plan zur Verdreifachung der US-amerikanischen Kernkraftkapazitäten bis zum Jahr 2050 vorgeschlagen. Insgesamt sollen 200 GW an Kapazität hinzugefügt werden, davon 35 GW bis 2035. Das Papier enthält Pläne für die Wiederinbetriebnahme stillgelegter Reaktoren sowie den Bau weiterer großer Reaktoren, kleiner modularer Reaktoren und Mikroreaktoren, um sowohl den netzbasierten Strombedarf als auch spezifische lokale Anwendungen wie KI-Datenzentren und fortschrittliche Industrien zu unterstützen.

Die Kernenergie genießt in den USA nach wie vor starke parteiübergreifende Unterstützung und wird voraussichtlich auch unter dem gewählten Präsidenten Donald Trump weiterhin Beachtung finden. Umwelt- und Verbraucherschutzverbände machen auf die langen Verzögerungen, die Abhängigkeit der USA bei Brennstoffen, ungelöste Abfallprobleme und den Preis der Kernenergie aufmerksam, während die Atomindustrie und überparteiliche Politiker die Zuverlässigkeit und Kohlenstoffneutralität hervorheben. Wissenschaftler kritisierten im Nachgang das Weiße Haus dafür, dass es die Sicherheitsbedenken im Zusammenhang mit dem Ausbau der Kernenergie in den USA nicht angemessen berücksichtige. Vertreter der Industrie und des produzierenden Gewerbes unterstützten in der Vergangenheit die Pläne zum Ausbau der Kernenergie. (pm)



ICYMI

German American Apprenticeship Conference

Diese Woche lud die Delegation der Deutschen Wirtschaft in Washington (DGIC) zur alljährlichen *German American Apprenticeship Conference* in die Deutsche Botschaft in Washington. Gemeinsam mit dem *US-Department of Labor* diskutierten Experten der deutsch-amerikanischen Auslandshandelskammern über die Implementierung und den Fortschritt von Ausbildungsprogrammen in den USA. Außerdem wurde der *GACC Apprenticeship Award* verliehen. Ausgezeichnet wurde Kyawnaing Htun, Auszubildender bei der Firma Endress + Hauser aus Pennsylvania.



Received by NSD/FARA Registration Unit 01/24/2025 12:06:01 PM
Anfang November war Melanie Vogelbach (DIHK) zu Gast beim Representative of German Industry and Trade (RGIT) in Washington. Auf der Reiseagenda standen Treffen mit Vertretern des USTR, der *National Association of Manufacturers* (NAM) und der US-Chamber of Commerce. Außerdem konnte sich Melanie Vogelbach mit Vertretern lokaler Think Tanks und der Deutschen Botschaft Washington austauschen. Anschließend fuhr sie weiter nach Boston, um an der *German American Conference* der Harvard Universität teilzunehmen. (srs)



Impressum

Informationen des Representative of German Industry and Trade (RGIT) in Washington, DC

Kontakt:

Tel: (001) 202-659-4777

<http://www.rgit-usa.com>

publications@rgit-usa.com

Die Washington News berichten über aktuelle wirtschafts- und handelspolitische Entwicklungen in den USA.

DISCLAIMER

This material is distributed by the Representative of German Industry and Trade (RGIT) on behalf of the Federation of German Industries (BDI) and the German Chamber of Commerce and Industry (DIHK). Additional information is available at the Department of Justice, Washington, DC.

[For German trade and investment visit www.germanbusinessusa.com](http://www.germanbusinessusa.com)

Follow us on LinkedIn!

Representative of German Industry & Trade (RGIT) | 1130 Connecticut Ave NW Suite 1200
| Washington , DC 20036 US

[Aus Mailingliste austragen](#) | [Constant Contact Datenhinweis](#)



Try email marketing for free today!

Washington News

Handel | Digital | Energie

Oktober 2024



Im Fokus

US-Wahlkampf im Endspurt

Neben den Ämtern des US-Präsidenten und US-Vizepräsidenten stehen am 5. November auch das gesamte Repräsentantenhaus, ein Drittel des Senats und elf Gouverneursämter zusammen mit zahlreichen Landesparlamenten zur Wahl. Für viele Wähler sind vor allem die wirtschaftliche Lage und die Einwanderungspolitik ausschlaggebend. Mit einem BIP-Wachstum von 3 Prozent im zweiten



Jahresquartal und 4,1 Prozent Arbeitslosigkeit steht die US-Wirtschaft auf einem starken Standbein. Trotzdem sind viele US-Amerikaner aufgrund der gestiegenen Lebensmittelpreise und hohen Wohnkosten mit der jetzigen Wirtschaftslage unzufrieden.

Beide Kandidaten fokussieren ihre Wirtschaftspläne auf US-Arbeitnehmer und Familien, aber ihre wirtschaftspolitischen Vorschläge unterscheiden sich stark voneinander. Vizepräsidentin Harris plant eine Erhöhung der Unternehmenssteuer von 21 auf 28 Prozent zusammen mit Preisdeckelungen und strengem Vorgehen bei Preistreiberei, um Familien bei steigenden Lebenshaltungskosten zu entlasten. Diese Maßnahmen werden von der US-Wirtschaft kritisch gesehen.

Der ehemalige US-Präsident Trump fordert hingegen breite Zollerhöhungen auf alle US-Importe und weitere Steuersenkungen für Unternehmen in den USA. Außerdem plant er eine Verlängerung der in seiner ersten Amtszeit verabschiedeten Steuersenkungen, die Ende kommenden Jahres auslaufen sollen. Laut Trump soll diese Steuerpolitik neue Anreize für das verarbeitende Gewerbe in den USA schaffen. Durch Massenabschiebungen von offiziell nicht erfassten Einwanderern sollen laut Parteiprogramm die Nachfrage von Wohnraum reduziert und somit Mietspreissteigerungen vermieden werden. Wirtschaftsexperten warnen, dass flächendeckende Zollerhöhungen und die Abschiebung zahlreicher Arbeitskräfte Wirtschaftswachstum bremsen und die Inflation wieder hochtreiben würden.

Laut Wahlumfragen bleibt der Wahlkampf um die Präsidentschaft ein Kopf-an-Kopf Rennen, das von knappen Mehrheiten in bis zu sieben Swing States entschieden wird. Um die US-Präsidentschaft zu gewinnen, braucht ein Kandidat eine Mehrheit der 538 Wahlmänner im Electoral College. Die Wahlergebnisse müssen in den Wochen nach der



Handel



Mehr Schutz der US-Solarindustrie vor Importen aus Südostasien

Das US-Wirtschaftsministerium (DOC) hat vorläufige Ausgleichszölle auf Solarimporte aus vier südostasiatischen Ländern angekündigt. Die vorläufig festgesetzten Zollsätze, erhoben auf Unternehmensebene, betreffen kristalline Silizium-Photovoltaikzellen (CSPV). Das DOC legte den allgemeinen nicht-unternehmensspezifischen Satz für Kambodscha auf 8,25 Prozent, für Malaysia auf 9,13 Prozent, für

Thailand auf 23,06 Prozent und für Vietnam auf 2,85 Prozent fest. Unternehmen, die bei der Untersuchung des DOC nicht kooperieren, müssen mit Zöllen von bis zu 292,61 Prozent rechnen. Die Untersuchung der Ausgleichszölle erfolgt, während das DOC gleichzeitig Antidumpinguntersuchungen für Solarimporte aus denselben vier Ländern durchführt. Beide wurden eingeleitet, nachdem die US-Solarindustrie darauf hinwies, dass subventionierte chinesische Exporte über diese vier südostasiatischen Länder Zölle umgingen und ihre Preise unterboten. Die endgültigen Entscheidungen in beiden Verfahren werden für nächstes Jahr erwartet.

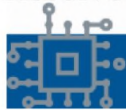
Mit dem fortlaufenden Ausbau der Erneuerbaren Energien in den USA erhöhte Präsident Biden zuletzt die Zollkontingente der Section 203-Zölle für Importe und begründete dies mit dem erhöhten Bedarf an Komponenten der US-Solarindustrie.

Mögliche Ausnahme von Section 301- Zöllen für chinesischen Maschinenbau

Nach einer Konsultation im Frühling 2024 hat das Büro der US-Handelsbeauftragten USTR nun eine Liste der über 300 Maschinenprodukte veröffentlicht, die auf Antrag temporär von bestehenden Section 301-Zöllen auf chinesische Importe in die USA ausgenommen werden können. Zur Umsetzung hat USTR nun einen Rahmenplan für die Ausnahmevergabe für spezifische Maschinen unter Kapitel 84 und 85 des *Harmonized Tariff Schedule of the United States* (HTSUS) vorgelegt. Jüngst wurden fünf weitere Kategorien ergänzt (Industrieroboter, Drucker, Geräte zur Wasseraufbereitung und -reinigung, Geräte zur Flüssigkeitenaufarbeitung und -reinigung sowie Gasaufbereitung und -reinigung). Um Ausnahmegenehmigungen zu erhalten, müssen US-Unternehmen zeigen, dass ähnliche Produkte in den USA sowie in Ländern außerhalb Chinas nicht verfügbar sind. Das Ziel der Ausnahmen ist es, die Produktion in den USA anzureizen, indem die Kosten der benötigten Maschinen geringgehalten werden.

USA lehnen WTO-Entscheidungen nach „Konvergenz“ ab, fordern Konsens

Laut Medienberichten kritisierte die USA die Entscheidung des WTO-Vorsitzenden Petter Ølberg scharf, den Auswahlprozess der WTO-Generaldirektorin terminlich vorzuziehen, nachdem dieser „Konvergenz“ für eine solche Entscheidung verspürt habe. US-WTO-Botschafterin Maria Pagán äußerte sich in einer Reihe an Stellungnahmen kritisch gegenüber jenen Stimmen, die künftig vermehrt Entscheidungen nach Konvergenz fordern, statt nach Konsens. Pagán monierte eine vermehrt „hochmütige Attitüde“ gegenüber Entscheidungsprozessen innerhalb der Organisation. Im Streit um eine Reform der WTO-Streitbeilegungsverfahren sei man weiterhin bereit, auf substantielle Reformvorschläge zu warten, nicht jedoch über Entscheidungen zu diskutieren, welche das *Appellate Body* de facto in seiner aktuellen Form wieder einsetzen würden. (pm)

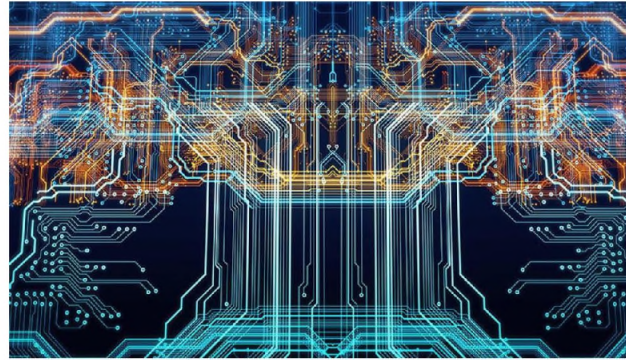


Digital

BIS plant Verbot von KFZ mit Hard-/Software russischer und chinesischer Herkunft

Das *Bureau of Industry and Security* (BIS) hat eine *Notice of Proposed Rulemaking* (NPRM) eingereicht, die Fahrzeuge mit Komponenten oder Software für *Vehicle Connectivity Systems* (VCS) oder *Automated Driving Systems* (ADS) betrifft. Die Regelung würde den Import oder Verkauf solcher Fahrzeuge verbieten,

die von Organisationen in Russland oder der Volksrepublik China hergestellt oder kontrolliert werden. Das Verbot würde sich auf Fahrzeuge und Bauteile beziehen, auch von in den USA hergestellten Fahrzeugen, die verbotene Komponenten oder Software enthalten. Betroffen wären Software ab dem Modelljahr 2027, Bauteile ab dem Modelljahr 2030 und Fahrzeuge ohne Modelljahr ab dem 1. Januar 2029. Die NPRM kann bis zum 28. Oktober öffentlich kommentiert werden.



US-Kongress verabschiedet Genehmigungsausnahmen für Mikrochip-Fabriken

Mit dem *Building Chips in America Act* sollen durch den US-Staat finanzierte Halbleiterprojekte von einigen Prüfungen im Rahmen des *National Environmental Policy Act* (NEPA) und des *National Historical Preservation Act* (NHPA) befreit werden. Der Gesetzesentwurf wurde von beiden Kammern des Kongresses mit großer parteiübergreifender Unterstützung verabschiedet und wird voraussichtlich von Präsident Biden unterzeichnet. Von der NEPA-Prüfung ausgenommen sind dann Erweiterungen von Fabriken, bei denen die Größe des Standorts nicht mehr als verdoppelt würde. Außerdem sind Projekte ausgenommen, die einer staatlichen Umweltprüfung auf gleichem Niveau der NEPA-Prüfung unterzogen werden, und Projekte, bei denen die US-Bundeshilfe nicht mehr als 15 Prozent der Kosten der Einrichtung ausmacht. Alle größeren durch den *CHIPS Act* finanzierten Maßnahmen unterliegen den NEPA-Prüfungen des US-Wirtschaftsministeriums (DOC).

Newsom legt Veto gegen Gesetzentwurf zur Regulierung von KI-Grundmodellen ein

Der kalifornische Gouverneur Gavin Newsom hat zum Abschluss der Legislaturperiode seines Bundesstaates 17 KI-bezogene Gesetzentwürfe unterzeichnet. Außerdem legte er ein Veto gegen einen prominenten Gesetzentwurf ein, der Regelungen für leistungsstarke Stiftungsmodelle vorsieht. Zu den von ihm unterzeichneten Gesetzen gehören Transparenzanforderungen für politische Werbung mit KI-generierten Inhalten und Daten, die zum Trainieren von Modellen verwendet werden. Außerdem unterschrieb Newsom einen Entwurf, der die Erstellung von KI-generierten Abbildern einer Person ohne deren Zustimmung und eine einheitliche Definition von KI nach kalifornischem Recht verbieten würde. Der Gouverneur wies darauf hin, dass in Kalifornien 32 der 50 größten KI-Unternehmen der Welt sowie mehrere wichtige Forschungs- und Bildungseinrichtungen ansässig sind. In seiner Veto-Botschaft zu SB-1047, dem *Safe and Secure Innovation for Frontier Artificial Intelligence Models Act*, argumentierte Newsom, dass Kalifornien KI in Abstimmung mit den US-Bundesbehörden regulieren sollte. Gleichzeitig solle der Staat auch selbstständig handeln können, wenn der Kongress untätig bliebe. (jm)



Energie

US-Regierung treibt Datengrundlage für einen möglichen US-CBAM voran

Die Diskussion in den USA um die Dekarbonisierung von Handelsgütern und



den Schutz heimischer Märkte vor Carbon Leakage geht voran. Nun hat das US-Energieministerium (DOE) ein Pilotprojekt zur Erhebung von Daten über die Emissionen bestimmter Industrieprodukte angekündigt. Zur Entwicklung des Projekts bittet das DOE um Beiträge von Interessengruppen, einschließlich Handelspartnern. Das Projekt soll die Task Force des Weißen Hauses für Klima, Handel und industrielle Wettbewerbsfähigkeit unterstützen. Beamte

des Weißen Hauses, darunter der Nationale Klimaberater Ali Zaidi, haben auf die Notwendigkeit hingewiesen, dass die USA ein „umfassendes System zur Emissionsmessung“ entwickeln müssen. Inzwischen hat Senator Dick Durbin (D-IL) mit dem *America's Clean Future Fund Act* bereits den vierten Gesetzentwurf in Richtung eines US-CBAM eingbracht. Der Gesetzentwurf sieht eine steigende Emissionsabgabe vor, die bei 65 Dollar pro Tonne CO₂-Äquivalent für die Hersteller fossiler Brennstoffe beginnen würde. Außerdem würde der Gesetzentwurf eine Grenzausgleichsgebühr für Importe einführen und eine unabhängige Bundesbehörde einrichten, die unter anderem Projekte zur Eindämmung des Klimawandels und zur Anpassung an den Klimawandel finanzieren soll.

Investitionen in die unzureichend ausgebauten US-Übertragungsnetze

Das DOE kündigte Investitionen in Höhe von 1,5 Mrd. US-Dollar in vier Projekte zum Ausbau von Übertragungsnetzen an. Gleichzeitig veröffentlichte das Ministerium die endgültige Fassung der National Transmission Planning Study. Die Studie zeigt auf, dass die USA ihre bestehenden Übertragungskapazitäten bis 2050 verdoppeln oder verdreifachen müssen, um die wachsende Stromnachfrage zu bedienen sowie die Netzstabilität mit dem Ausbau der Erneuerbaren Energien gewährleisten zu können. Die vier konkret angekündigten Projekte umfassen eine Finanzierung in Höhe von 1,5 Mrd. US-Dollar aus dem Infrastrukturgesetz von 2021 für vier neue Übertragungsleitungen in Maine, Oklahoma, New Mexico und im Südosten der USA. Gemeinsam erstrecken sie sich über fast 1.600 Kilometer und eröffnen 7.100 MW neue Stromkapazität. Neben dem Ausbau der Übertragungsnetze fördert das DOE derzeit Projekte in den Einzelstaaten zur Erhöhung der Resilienz lokaler Stromnetze, jüngst erneut mit 2 Milliarden US-Dollar.

Erster Entwurf des US-Strategieberichts für CCS bis 2030

Das DOE hat den ersten Entwurf eines Strategieberichts für Kohlenstoffmanagementtechnologien wie Kohlenstoffabscheidung (CCS) und *Direct Air Capture* veröffentlicht. Beide Technologien werden weiterhin als „wesentlich für das Erreichen von Netto-Null-Treibhausgasemissionen bis Mitte des Jahrhunderts“ bezeichnet. Der Entwurf geht von einem dramatischen Wachstum dieser Technologien bis 2030 aus. Derzeit sind in den USA 18 CCS-Anlagen in Betrieb. In dem Berichtsentwurf werden fünf Aktionspunkte genannt, die CCS signifikant vorantreiben sollen, darunter der Bau neuer Pipelines, eine gezielte Regulierung und die Konzentration von Forschung und Entwicklung auf vorrangige Anwendungen, für die es keine oder nur wenige andere Methoden zur Dekarbonisierung gibt. Auf Europa verweist das DOE als Beispiel für bewährte Offshore-CO₂-Speicher- und Umwandlungslösungen. Darüber hinaus lobt der Bericht die von der Europäischen Union kofinanzierte Clean Energy Transition Partnership (CETPartnership), die Interessenvertreter aus den USA und der EU zum Thema Kohlenstoffmanagement zusammenbringt. Der Entwurf liegt zur öffentlichen Stellungnahme vor. Das DOE gehört zu den zentralen Geldgebern für die Förderung von CCS-Technologien und stellte jüngst einen Finanzierungsplan in Höhe von 1,3 Milliarden US-Dollar vor (DE-FOA-0003474).

Der Entwurf wurde zu einem turbulenten Zeitpunkt für die CCS-Branche veröffentlicht. ExxonMobil und der Bundesstaat Texas haben ein neues CCS-Abkommen für die Speicherung vor der texanischen Küste im Golf von Mexiko unterzeichnet. Es wäre das größte Offshore-Kohlenstoffspeicherprojekt in den USA. Zeitgleich wurde über zwei Lecks an einer Injektionsstelle berichtet, aufgrund derer eine CCS-Anlage in Illinois den Betrieb unterbrechen musste. Sowohl der Eigentümer des Bohrlochs als auch die US-Umweltbehörde EPA verwiesen auf Korrosion des im Bohrloch verwendeten Stahls „13 Chrome“, der anfällig für die in CCS-Bohrungen verwendeten Flüssigkeiten zu sein

In Kürze

RGIT Fireside Chat: Der Kongress und die US Wirtschaftspolitik nach der Wahl

Am 31. Oktober um 15:00 Uhr MEZ veranstaltet RGIT einen virtuellen „Fireside Chat“ mit Dr. Christoph Schemionek, President and CEO of RGIT, und Peter Sparding, Senior Vice President and Director of Policy at the Center for the Study of the Presidency and Congress. Gemeinsam werden sie die bevorstehenden Wahlen und deren mögliche Auswirkungen in einem informellen Gespräch diskutieren. Am Ende des Webinars wird es eine Gelegenheit für Fragen aus dem Publikum geben. Den Link zur Anmeldung finden Sie [hier](#).



Impressum

Informationen des Representative of German Industry and Trade (RGIT) in Washington, DC

Kontakt:

Tel: (001) 202-659-4777

<http://www.rgit-usa.com>

publications@rgit-usa.com

Die Washington News berichten über aktuelle wirtschafts- und handelspolitische Entwicklungen in den USA.

DISCLAIMER

This material is distributed by the Representative of German Industry and Trade (RGIT) on behalf of the Federation of German Industries (BDI) and the German Chamber of Commerce and Industry (DIHK). Additional information is available at the Department of Justice, Washington, DC.

[For German trade and investment visit www.germanbusinessusa.com](http://www.germanbusinessusa.com)



Share This Email



Share This Email



Share This Email

Representative of German Industry & Trade (RGIT) | 1130 Connecticut Ave NW Suite 1200
| Washington, DC 20036 US

[Aus Mailingliste austragen](#) | [Constant Contact Datenhinweis](#)



Try email marketing for free today!



Fireside Chat: Der Kongress und US-Wirtschaftspolitik nach der Wahl

In den USA wird dieses Jahr nicht nur das Amt des Präsidenten gewählt. Das gesamte Repräsentantenhaus und ein Drittel des Senats stehen ebenfalls zur Wahl. In beiden Kammern sind neue Mehrheiten und Fraktionsvorsitzende möglich. Mit dem Wahlkampf im Endspurt fragen wir nach, wie die Prognosen aussehen und welche Auswirkungen neue Mehrheitskonstellationen im Kongress auf die US-Wirtschaftspolitik haben könnten. Wie würde ein von Demokraten oder Republikanern geführter oder ein gespaltenere Kongress mit wichtigen wirtschaftspolitischen Fragen wie Zöllen, Steuerpolitik, Reform der Planungs- und Genehmigungsverfahren, KI-Regulierung oder Datenschutz umgehen?

Um diese und weitere Fragen zu diskutieren, laden wir Sie hiermit herzlich ein zu RGITs „Fireside Chat“ mit **Dr. Christoph Schemioneck**, President and CEO of RGIT, und **Peter Sparding**, Senior Vice President and Director of Policy at the Center for the Study of the Presidency and Congress. Gemeinsam werden sie die Wahlen und deren mögliche Auswirkungen in einem informellen Gespräch diskutieren. Am Ende des Webinars wird es eine Gelegenheit für Fragen aus dem Publikum geben. Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme!

Datum und Uhrzeit

31. Oktober 2024

15:00 Uhr MEZ

9:00 Uhr ET

REGISTRIERUNG

Bei weiteren Fragen wenden Sie sich bitte an Jay Morgan unter jmorgan@rgit-usa.com.

Informationen des Representative of German Industry and Trade (RGIT) in Washington, DC

Kontakt:

Tel: (001) 202-659-4777

<http://www.rgit-usa.com>

publications@rgit-usa.com

DISCLAIMER

This material is distributed by the Representative of German Industry and Trade (RGIT) on behalf of the Federation of German Industries (BDI) and the German Chamber of Commerce and Industry (DIHK). Additional information is available at the Department of Justice, Washington, DC.

For German trade and investment visit www.germanbusinessusa.com



[Aus Mailingliste austragen](#) | [Constant Contact Datenhinweis](#)



Try email marketing for free today!

Washington News

Handel | Digital | Energie

September 2024



Im Fokus

Kongress verhandelt vor möglicher Haushaltsperre

Das US-Repräsentantenhaus hat den Entwurf der republikanischen Führung für eine Haushaltsverlängerung mit parteiübergreifender Opposition (220 zu 202 Stimmen) abgelehnt. Die Finanzierung der meisten US-Bundesbehörden läuft am 30.

September aus. Im Kongress wird derzeit zwischen dem republikanisch geführten Repräsentantenhaus und dem von Demokraten geführten Senat über eine Verlängerung des aktuellen Haushalts durch eine so genannte *Continuing Resolution* verhandelt. Eine Schließung der Regierung (*government shutdown*) wenige Wochen vor den Wahlen im November findet im Kongress kaum Unterstützung, aber die Haushaltsvorschläge der beiden Parteien liegen weit auseinander.



Die republikanische Führung im Repräsentantenhaus fordert eine sechsmonatige Fortschreibung des laufenden Haushalts gekoppelt mit dem so genannten *SAVE Act*. Der Gesetzentwurf würde Wähler bei US-Bundeswahlen verpflichten, einen Nachweis ihrer US-Staatsbürgerschaft bei der Wählerregistrierung vorzulegen. Die meisten Demokraten halten den *SAVE-Act* für unnötig, da der Besitz der US-Staatsbürgerschaft bereits eine Voraussetzung zur Teilnahme an US-Wahlen ist. Sie verlangen hingegen eine vorübergehende Verlängerung des Haushalts bis Mitte Dezember, also nach den Wahlen aber vor der Amtseinführung der nächsten Administration im Januar.

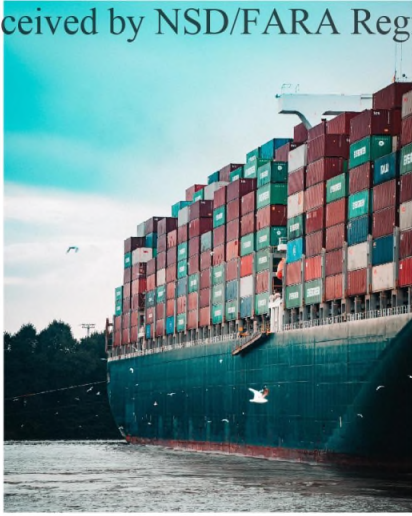
Die republikanische Führung im Repräsentantenhaus fordert eine sechsmonatige Fortschreibung des laufenden Haushalts gekoppelt mit dem so genannten *SAVE Act*. Der Gesetzentwurf würde Wähler bei US-Bundeswahlen verpflichten, einen Nachweis ihrer US-Staatsbürgerschaft bei der Wählerregistrierung vorzulegen. Die meisten Demokraten halten den *SAVE-Act* für unnötig, da der Besitz der US-Staatsbürgerschaft bereits eine Voraussetzung zur Teilnahme an US-Wahlen ist. Sie verlangen hingegen eine vorübergehende Verlängerung des Haushalts bis Mitte Dezember, also nach den Wahlen aber vor der Amtseinführung der nächsten Administration im Januar.

Der ehemalige US-Präsident Donald Trump hat sich für einen *Shutdown* ausgesprochen, wenn die Verlängerung den *SAVE Act* nicht beinhaltet. Beide Kongresskammern haben bis zum 30. September Zeit, sich auf einen Gesetzentwurf zu einigen, um eine Haushaltssperre zu verhindern. (jm)



Handel

USTR veröffentlicht endgültige Änderungen an 301-Zöllen gegen China



Die Änderungen im Rahmen des Vierjahresberichts des Büros der US-Handelsbeauftragten (USTR) zu den Section 301-Zöllen gegen China beinhalten neue Sätze und Umsetzungsfristen für Zölle auf Produkte wie Elektrofahrzeuge, Lithiumbatterien, Halbleiter, Permanentmagnete, kritische Mineralien und Solarzellen. USTR erhielt im Mai über 1.100 Kommentare zu ihren Änderungsvorschlägen und kam zu dem Schluss, dass Zolllenkungen oder -befreiungen in den meisten Fällen nicht gerechtfertigt seien, da sich die zugrunde liegenden Bedenken hinsichtlich unfairer Handelspraktiken Chinas, einschließlich Subventionen und erzwungener Technologietransfers, nicht geändert hatten. USTR beschloss, 14 der 19 vorgeschlagenen Zollbefreiungen für Geräte und Anlagen zur Herstellung von Solaranlagen anzunehmen, da China der einzige

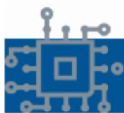
bedeutende Lieferant von Anlagen zur Herstellung von Wafern und Solarzellen ist.

Weißes Haus kündigt De-minimis-Ausnahmen an

Die neue Regelung sieht vor, dass Sendungen mit Produkten, die unter die Zölle der Sections 232, 301 oder 201 fallen, sich nicht mehr für die De-minimis-Befreiung für Einfuhren in die Vereinigten Staaten in Höhe von 800 US-Dollar qualifizieren. Das Weiße Haus weist darauf hin, dass die Zölle nach Abschnitt 301 für etwa 40 % aller US-Einfuhren aus China gelten, darunter 70 % aller Textileinfuhren. Künftig werden für De-minimis-Sendungen zusätzliche Daten benötigt, darunter die 10-stellige Zolltarifnummer und der Name der beantragenden Person. Die Biden-Administration forderte den Kongress außerdem auf, De-minimis-Reformen zu verabschieden, um De-minimis-Ausnahmen für zollpflichtige Produkte gesetzlich zu verankern.

USTR bittet um Kommentare zur künftigen TTC-Zusammenarbeit

Das Büro der US-Handelsbeauftragten (USTR) hat eine formale Aufforderung zur Einreichung von Stellungnahmen zur künftigen Zusammenarbeit mit der Generaldirektion Handel der Europäischen Kommission (DG TRADE) im Rahmen der Arbeitsgruppe „Globale Handelsherausforderungen“ des Handels- und Technologierates EU-USA (TTC) veröffentlicht. USTR bittet um Beiträge zu der Frage, wie die Zusammenarbeit mit DG TRADE verbessert werden könnte, um gemeinsam gegen nicht-marktwirtschaftliche Praktiken von Drittländern vorzugehen. Weiterhin sammelt USTR Ideen, wie die USA und die EU gemeinsam neue handelspolitische Instrumente schaffen oder bestehende Instrumente effektiver nutzen können, um gegen nicht-marktwirtschaftliche Praktiken vorzugehen. Am 16. September trafen sich Vertreter der EU und der USA, um die Zusammenarbeit im TTC zu besprechen. Stellungnahmen an den USTR sind bis zum 21. Oktober zu übermitteln. (pm)



Digital

US-Repräsentantenhaus verabschiedet Beschränkungen für Biotechnologieunternehmen

Das BIOSECURE-Gesetz wurde vom Repräsentantenhaus mit 306-81 Stimmen im Rahmen der so genannten „China-Woche“ im Kongress verabschiedet. Der Gesetzentwurf sieht vor, dass Biotechnologieunternehmen, die „unter der Kontrolle ausländischer Gegner“ (China, Iran, Nordkorea und Russland) stehen, von der Vergabe von Aufträgen durch den US-Bund oder dem Erhalt von Bundesmitteln ausgeschlossen werden. Diese Beschränkungen würden auch für Mutter-



und Tochtergesellschaften der betroffenen Biotechnologieunternehmen gelten. Dem

Rechtsetzungswurden auch mehrere chinesische Biotechnologiefirmen als „bedenkliche Unternehmen“ aufgeführt. US-Bundesbehörden könnten Ausnahmen von den Beschränkungen beantragen, die vom US-Verteidigungsministerium und dem Büro für Verwaltung und Haushalt des Weißen Hauses genehmigt werden müssen und ein Jahr gültig sind.

BIS erlässt neue Exportkontrollen für Quantencomputertechnologie

Das *Bureau of Industry and Security* (BIS) hat eine vorläufige Regelung veröffentlicht, mit der neue weltweite Ausfuhrkontrollen für Quantencomputertechnologie, Halbleiterfertigungsanlagen und Produkte der additiven Fertigung eingeführt werden. Die neuen Kontrollen wurden in Abstimmung mit mehreren Partnerländern angekündigt. Enge Verbündete und Partner der USA wie Deutschland, Kanada, das Vereinigte Königreich und Australien erhielten Ausnahmen von vielen der neuen Genehmigungsanforderungen, wobei die spezifischen Ausnahmen je nach Land und Artikel variieren. Die vorläufige Regelung tritt sofort in Kraft, obwohl die Lizenzanforderungen für bestimmte Quantenartikel erst ab dem 5. November gültig sind. Das BIS bittet auch die Öffentlichkeit um Stellungnahmen zu den Auswirkungen der neuen Kontrollen. Abgabefrist ist der 5. November.

USTR fordert Konsultationen mit Kanada über Steuer auf digitale Dienstleistungen

Das Büro der US-Handelsbeauftragten (USTR) hat die im Juni eingeführte kanadische Steuer auf digitale Dienstleistungen (DST) in Höhe von drei Prozent als diskriminierend gegenüber US-amerikanischen Unternehmen beanstandet. Dies leitet den ersten Schritt im USMCA-Streitbeilegungsverfahren ein. Wenn die Konsultationen nicht innerhalb von 75 Tagen zu einer Einigung führen, können die USA eine Überprüfung durch ein Streitbeilegungsgremium im Rahmen des USMCA beantragen. Zu den möglichen Abhilfemaßnahmen gehören Zölle. USTR hat bereits Vergeltungszölle gegen einseitige DSTs aus Österreich, dem Vereinigten Königreich, Frankreich, Indien, Italien, Spanien und der Türkei vorbereitet. Sie hat diese Maßnahmen während der laufenden Pillar-1-Verhandlungen für ein Abkommen über die globale Besteuerung ausgesetzt. US-Verbände der digitalen Industrie lobten diesen Schritt und forderten die USTR auf, alle Vergeltungsmaßnahmen, einschließlich der Zölle nach Section 301, beizubehalten. (jm)



Energie



DOE erteilt erste LNG-Exportlizenz seit Gerichtsurteil zu Genehmigungspause

Das US-Energieministerium (DOE) hat die Ausweitung der LNG-Exportdestinationen für ein von *New Fortress Energy* betriebenes Terminal in Altamira, Mexiko, genehmigt. Zuvor durfte das Terminal nur in Länder liefern, mit denen die USA ein Freihandelsabkommen abgeschlossen haben. Die Genehmigung erlaubt nun für fünf Jahre auch Lieferungen in Länder, mit

denen kein Freihandelsabkommen besteht, darunter auch die EU. Laut Politico erklärte ein Sprecher des DOE gegenüber der Presse, die Genehmigung würde „[...] die verfügbaren Exporte in Nicht-FTA-Länder, zu denen auch unsere Verbündeten in Europa gehören, um etwa 3 Prozent erhöhen. Diese Exporte werden für den kommenden Winter verfügbar sein.“ Die Vergabe von Exportlizenzen war durch die Biden-Regierung temporär pausiert worden, wurde allerdings gerichtlich für unrechtmäßig befunden. Die Regierung legte zuletzt Berufung ein. Daten der *US Energy Information Administration* (eia) prognostizieren, dass sich die nordamerikanische LNG-Exportkapazität bis 2028 verdoppeln wird.

Höhere Zollkontingente für die Einfuhr von Solarzellen

In einer Erklärung des Weißen Hauses wurde das Importkontingent der Section 203-Zölle auf Solarzellen von 5 GW auf 12,5 GW mehr als verdoppelt. Dies soll US-Solarhersteller mit importierten Komponenten entlasten. Auf importierte Solarzellen werden keine Zölle erhoben bis die Quote bezugsweise das Kontingent erreicht ist. (jw)

Bekanntmachung heißt es, die erwartete US-Produktion und die damit verbundenen Importe von kristallinen Silizium-Photovoltaik-Zellen (CSPV) seien ausreichend gestiegen, um eine Ausweitung der Kontingente zu rechtfertigen. Die Quotenerhöhung gilt rückwirkend zum 1. August 2024.

Genehmigungsverfahren: langerwarteter überparteilicher Gesetzesentwurf veröffentlicht

Der Ausschuss für Energie und Natürliche Ressourcen im US-Senat hat mit 15:4 Stimmen einen Gesetzesentwurf verabschiedet, der eine Reform der Genehmigungsvorschriften für Energieprojekte vorsieht. Der Vorsitzende, Senator Joe Manchin (I-WV), und das ranghöchste Mitglied der Opposition, Senator John Barrasso (R-WY), hatten über ein Jahr lang an einem parteiübergreifenden Kompromissentwurf gearbeitet. Der Gesetzesentwurf sieht eine Reform der Genehmigungsvorschriften mit Prioritäten beider Parteien vor. Zu den Prioritäten der Demokraten gehören eine Vereinfachung des Stellrechts für Übertragungsleitungen und Erneuerbare Energien. Zu den Prioritäten der Republikaner im Gesetzesentwurf gehören unter anderem (1) schnellere Genehmigungen und Pachten für die Erschließung von Kohle-, Öl- und Gasvorkommen, (2) eine Ablehnung der von der Biden-Administration verhängten Pause bei LNG-Exportgenehmigungen und (3) eine Begrenzung der Prüfperiode für LNG-Exportprojekte durch das US-Energieministerium auf 90 Tage. Befürworter hoffen auf eine Verabschiedung des Gesetzes in der Sitzungspause des Kongresses nach den Wahlen im November.

Debatte um Implementierung der IRA-Steuerzuschüsse für E-Autos und Ladeinfrastruktur

Das US-Finanzministerium veröffentlichte eine Implementierungsrichtlinie für die Steuerzuschüsse 30C für Ladesäulen, einer älteren Förderung, die im *Inflation Reduction Act* (IRA) ausgeweitet wurde. Sie soll den Ausbau der Ladeinfrastruktur in ländlichen und einkommensschwachen Teilen des Landes beschleunigen. Die Implementierungsrichtlinie würde die Definition förderfähiger Landstriche großzügig auslegen und so zwei Dritteln der USA Zugang zu Förderungen von bis zu 30 Prozent der Kosten verschaffen. Kritik daran kam bereits im Vorfeld von Co-Autor Senator Joe Manchin (I-WV).

Das US-Repräsentantenhaus verabschiedete einen Gesetzesentwurf, der chinesischen Unternehmen jeglichen Zugang zu Steuerzuschüssen für E-Fahrzeuge verwehren würde. Der Vorschlag würde die Definition der *Foreign Entities of Concern* ausweiten, mit dem Ziel Lieferkettenabhängigkeiten mit China schneller zu reduzieren. Sieben Demokraten schlossen sich den Republikanern an. Es gilt als unwahrscheinlich, dass der demokratisch-kontrollierte Senat das Gesetz aufnimmt. Auch das Weiße Haus äußerte sich kritisch. (pm)

ICYMI



Dr. Achim Dercks, Stellvertretender Hauptgeschäftsführer der DIHK, besuchte vergangene Woche Washington und nahm Termine bei zahlreichen US-Behörden und lokalen Think Tanks wahr.

Am Donnerstag veranstaltete RGIT eine Paneldiskussion zum Thema „*Investing in Friendship – German FDI in the US*“ bei der neben Dr. Dercks auch Mark Tomkins, Leiter der AHK Midwest, Unternehmensvertreter und Vertreter regionaler Wirtschaftsförderungsgesellschaften zu Wort kamen. Im Mittelpunkt stand die Frage, wie es den USA gelingt, ausländische Direktinvestitionen erfolgreich anzuziehen und auszubauen. (srs)



Impressum

Informationen des Representative of German Industry and Trade (RGIT) in Washington, DC

Kontakt:

Tel: (001) 202-659-4777

<http://www.rgit-usa.com>

publications@rgit-usa.com

Die Washington News berichten über aktuelle wirtschafts- und handelspolitische Entwicklungen in den USA.

DISCLAIMER

This material is distributed by the Representative of German Industry and Trade (RGIT) on behalf of the Federation of German Industries (BDI) and the German Chamber of Commerce and Industry (DIHK). Additional information is available at the Department of Justice, Washington, DC.

For German trade and investment visit www.germanbusinessusa.com



Representative of German Industry & Trade (RGIT) | 1130 Connecticut Ave NW Suite 1200
| Washington , DC 20036 US

[Aus Mailingliste austragen](#) | [Constant Contact Datenhinweis](#)



Try email marketing for free today!